

Abonnementpreise
 Einmalig 10 Mk.
 Vierteljährlich 3 Mk.
 Halbjährlich 5 Mk.
 Einmalig 10 Mk.
 Vierteljährlich 3 Mk.
 Halbjährlich 5 Mk.



Veränderungsbüro
 für die 2. Postzeitung
 des Reichs
 am 1. Januar 1912
 in Berlin

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Pölkisch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Fax 42/43. Geschäfts nachts von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Redaktion: Fax 42/43. Anzeigen nachts von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm.

Die „Sozialen Lasten“.

Die industriellen Schmarotzer — ultramontane und nationalökonomische — Lamentieren über die schwere Belastung der notwendigen Gütererzeugung durch die Sozialpolitik. Sie verlangen mindestens ein Maß in dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung. Die folgenden Arbeiterbeiträge versuchen, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise die Arbeiter und Arbeiterinnen schwer lebenden Arbeiter mit der Vorführung großer Zahlen aus der Sozialversicherung über die empirische Lebensmittelpolitik hinwegzuführen. Mit bombastischen Berechnungen will man die Arbeiter bestimmen, sie als Wähler für die Kriegsgesetze und Lebensmittelpolitik einzufangen.

Sehen wir einmal zu, welche Kosten die Arbeiterversicherung erfordert und — was wichtig ist — wer die Kosten dafür aufbringt! Wir bringen die entsprechenden amtlichen Angaben im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. Zuerst die großen Zahlen. Die Einnahmen der drei Versicherungen für den Zeitraum 1895/1900 ergeben dieses Bild:

Artenversicherung	Beiträge der Unternehmer	Einnahmen
Arbeiterversicherung	1 261 846 100	4 565 888 200
Invalidenversicherung	3 195 036 400	3 478 700 100
Altenrentenversicherung	1 271 149 900	3 650 507 500

Zusammen 4 817 530 400 16 685 090 900
 Das sind gewiß hohe, imponierende Zahlen, wenn man sie nach ihrer absoluten Größe betrachtet. Anders sieht es aus, wenn man sie kritisch würdigt. Was die Gesamtsummen anlangt, so ist zunächst zu bemerken, daß darin 4 269 977 400 Mk. direkte Arbeiterbeiträge, ferner 587 227 000 Mk. Reichszuschuß und an Dienstleistungen usw. 103 326 000 Mk. enthalten sind.

Da es sich um die Frage der Bestimmung der Unternehmerbeiträge handelt, wenden wir uns um die übrigen Einnahmen nicht weiter zu kümmern. In Bezug auf die von den Unternehmern beigetragenen 4 817 530 400 Mk. sei bemerkt, daß die Summe im Laufe von 24 Jahren geleistet worden ist. Somit ergibt sich eine Jahresleistung von rund 200 Millionen Mark. Die Beiträge wurden zudem für eine ständig wachsende Zahl von Arbeitern geleistet; umfaßt doch die Invalidenversicherung im Jahre 1900 bereits annähernd 24 Millionen Beschäftigte.

Zur Illustration der Bedeutung der Unternehmerbeiträge sei weiter noch darauf hingewiesen, daß das Vermögen der von der Zeit von 1895—1900 von 83 857 Millionen Mark auf 91 683 Millionen Mark zugenommen hat. Die Vermögenszunahme, an der nur 1 1/2 Millionen beteiligt sind, macht demnach nach insgesamt 27 786 Millionen Mark über pro Jahr 1900 Millionen Mark aus. Was wollen dagegen die 200 Millionen Mark, die im Jahresdurchschnitt für die vielen Versicherungen aufgebracht worden sind? Nur eine Bagatelle sind sie im Vergleich mit der riesenhaften Einkommenssteigerung und Einkommensvermehrung nur weniger Menschen. Ergabten doch nach der Berechnung für das letzte Jahr 2888 3 Einheiten in der Gruppe derer mit einem Einkommen von über 100 000 Mark zusammen das kleine Einkommen von 949 132 500 Mk.

Der durchschnittliche Vermögenszuwachs aus den letzten 14 Jahren, das letzte Einkommen der Höchstverdienenden in Preußen, sowie die nach dem Gesamtdurchschnitt der Jahre 1895/1900 reduzierte Leistung für alle drei Versicherungen zusammen, ergab folgendes Bild:

Vermögenszuwachs für 1 1/2 Millionen Rentisten	1 985 000 000 Mk.
Einkommen	3 893
Soziale Lasten für alle Versicherungen	200 000 000

Welche bedeutende Rolle spielen also die für die Arbeiterversicherung aufzubringenden Summen! Das wird aber erst noch sinnfällig aus der folgenden Aufstellung. Sie enthält die Leistungen der Unternehmer für das Jahr 1900.

Artenversicherung	Summe der Beiträge der Versicherer in 1000 Mk.	Jahr W.
Arbeiterversicherung	1 261 846 100	9,82
Invalidenversicherung	3 195 036 400	5,57
Altenrentenversicherung	1 271 149 900	6,10

Insgesamt leisten die Unternehmer 414 171 000 991 an Beiträgen. Auf einen Arbeiter, der zu allen Versicherungen gehört, würde demnach eine Jahresleistung von 23,49 Mk. entfallen! Rechnen wir für jeden der Arbeiter nur 200 Arbeits-tage, anstatt 300, so kommt auf einen Arbeitstag für alle drei Versicherungen zusammen die Mieselast von 106 und schreibt 94 1/2 Pfennig. Nimmt man aber an, daß jeder von der Versicherung Einheiten im Jahresdurchschnitt nur 200 Arbeitstage geleistet habe, dann entfällt auf jeden Arbeiter pro Tag für alle drei Versicherungen doch erst ein Betrag von 11,76 Pfennig. Daß das eine erhebliche Last für den Unternehmer wäre, daß dadurch die Existenzfähigkeit des Arbeiters gefährdet werden könnte, daß für eine solche Leistung die Arbeiter dem Unternehmer weit weniger dankbar sein müßten, so dankbar, um auf die Maßnahmen dieser drei politischen Parteien gegenüber der Kapitalisten zu verzichten, das kann nur pifflische Demagogie und keine Sachkenntnis verlangen!

Sind wir aber immer noch von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Beiträge der Unternehmer auch in Wirklichkeit eine Belastung für sie bedeute. Aber auch das ist falsch!

Wesentlich, wie die Aktionäre und andere Profitstörer ihre Zinsen und Dividenden earbeiten, verdienen sie die Unternehmerbeiträge zur Arbeiterversicherung. Was die Unternehmer bezahlen, ist nur ein Teil dererhaltenen Lohnes. Die Beiträge gehören einfach zu den Produktionskosten, genau so wie die Ausgaben für Löhne, Rohmaterial, Steuern, Maschinen, Gehälter usw. Sie werden bei den Kalkulationen mit veranschlagt und erscheinen nachher wieder mit im Verkaufserlös. Doch es genügt, die Beiträge der Unternehmer als Geschenk dieser an die Arbeiter anzuspüren, daß die Beiträge nicht im geringsten die Konkurrenzfähigkeit der Industrie lähmen, das hat sogar ein freikonser-vativer Abgeordneter (Schmidt-Altenburg) freimütig eingeräumt. Auf der am 24. November 1907 in Dresden abgehaltenen Generalversammlung des Deutschen Labovereins machte er nach dem offiziellen Bericht folgende Ausführungen:

„Meine Herren, ich bin tief überzeugt, daß bei Ihnen allen zunächst, als diese soziale Gesetzgebung eingeführt wurde, und als zum erstmalig die großen Beiträge für die Krankenversicherung und später vor allen Dingen für die Alters- und Invalidenversicherung gefordert werden mußten, gar mancher protestiert hat. Somit aber werden diese Beiträge, die ausschließlich in gleicher Höhe unterkommen, gebracht, sei es auf Unkostenkonto, sei es auf Abzinskonto; denn es ist ja ein Teil des Lohnes, und sie werden schließlich sämtlich mitzuteilhaft und erscheinen im Preise der Ware schließlich wieder bei — bei schlechter Konjunktur vielleicht nicht ganz im vollen Maße, und wir leben ja jetzt in sehr unglücklicher Konjunktur für uns und hoffen, daß es bei günstiger Konjunktur wieder anders werden wird. Nebenfalls ist aber soviel sicher, daß man von einem besonderen Prüden dieser Belastung kaum reden kann, namentlich schon um deswillen, weil, wenn die die Summe, die für die soziale Gesetzgebung jetzt gewährt wird, nicht als Prozentteil des Lohnes angesehen, sondern sie mal unterworfen als Prozentteil des Jahresumsatzes, schließlich nicht mehr als

1/2 Prozent des Jahresumsatzes heranzukommen, und zur Kalkulation, zur Aufrechnung auf die betrreffenden Schichten, reicht es sich schließlich nur um 1/2 Prozent. Meine Herren, das ist eine ja geringe Summe, das ist unbillig und Unrecht wäre, haben ein großes Gewicht zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen könnten, wenn unseren Arbeitern in Zukunft erhöhte Vorteile durch weitere Versicherungsbeiträge zugewandt werden sollten!“

Meine Herren, so wie die Sache in unserer Industrie liegt, liegt sie ja bei weitem in den meisten Industrien in ganz Deutschland. Alle diejenigen Industrien, die ausschließlich im Inland arbeiten, oder die wenigstens zum bei weitem größten Teile im Inlande arbeiten, können sich durch diese Beiträge zu der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise belästigt fühlen, denn diese Beiträge treffen seinen proportional ihre gesamte Konkurrenz; es ist also kein einziger in irgend einer Form beunruhigt.

Judem darf noch nicht vergessen werden, daß diejenigen Länder, mit denen wir im Weltmarkt in allererster Linie zu konkurrieren haben, d. h. England und Amerika, so erheblich höhere Arbeitslöhne bezahlen, daß dadurch nicht gefolgt werden kann, daß wir im Wettbewerb

„So spricht ein konservativer Abgeordneter! Die ultramontanen „Vollrenten“ oder wollen den Arbeitern einreden, sie müßten wegen der sozialen „Belastung“ gern auch selbst den Lohnminderungen und die von dem Schnapshotel befreite Steuerbelastung ertragen. Ja, das Zentrum braucht es gar fertig, auf seinem letzten christlichen Parteitag ein Referat gegen die Sozialpolitik erstatten zu lassen. Der Fabrikant Herr, der auch in einer Rede gegen eine weitere „Belastung der Industrie“ durch soziale Gesetze Stellung genommen, kramte als Referent die belamtesten Schmarotzertummele gegen die Arbeiterversicherung aus. Allerdings, Zentrumsleute können auch anders! Wenn es ihnen gerade in den Ström durch die ultramontane Reaktion aus parteipolitischen Gründen etwas Anreiz für notwendig hält, kann ihnen eine Verlesung der Dinge auch mal in ihrer Eigenschaft geschehen. So verlesung die Deutsche Arbeiterzeitung ein gewisses Geschäftsverhältnis, im Jahre 1908 die Arbeiterzeitung als ein Verlesungsprodukt, das wenig feil, dabei aber die Konkurrenz bieten sollte, „um jede freigelegte Wegung in der Arbeiterzeitung nicht zu übersehen. Zuerst war es die Zeit, das Christentum machte damals auch eine Verlesung auf über die Löhne und bemerkt die:

„Alles in allem, durch die von Unternehmern geleisteten Sozialleistungen kann höchstens in den meisten Fällen ein Druck gemindert werden. Derartige Arbeiter bezogen können das für und über, das Kapital und Arbeit getrennt zu kommen ganz sicher zu dem Schluß; daß von einer Überlastung der deutschen Industrie durch die Kosten der sozialen Beiträge nicht gesprochen werden kann.“

Jetzt, wo die ultramontane-konservative Wirtschaftspolitik des Volk in Not und Sorgen gestürzt, wo man Verleserbeiträge zu einem Strafe bezieht, um das Volk Empörung in Eiden umstehenden Blutes zu erlösen, da sollen die Arbeiter noch aus Dankbarkeit die „Belastung“ fühlen, die sie aushält.

Um den geistlich-idealistischen Schwärmer aber noch nach der anderen Seite aufzuweisen, geben wir die folgende

Aufstellung über die Ergebnisse der deutschen Altersgesellschaften nach den Angaben in den Wirtschaftsjahren zur Statistik des Deutschen Reichs. Es betragen:

Die Zahl der Gesellschaften	Das die in den berechneten Kapital in 1000 Mark	Die Dividende in 1000 Mark in Prozent
1907/08	4.4578	12 263 741
1908/09	4.4579	13 001 776
1909/10	4.4607	13 460 008

Trotz der angeblich rühmlichen sozialen Reformen nimmt das Aktienkapital kräftig zu, und nach einem kleinen Rückschlag aus Anlaß der Krise steigen auch die Dividenden wieder. Für das laufende Jahr geht sie noch wieder über den letzten Jahrs hinaus. Ein Durchschnitt von 8 Proz. kann sicher als eine sehr respektable Verzinsung gelten. Aber die Profitmänner und ihre Dienstbefehligen im ultramontanen Lager bringen es fertig, die sozialen Lasten als eine Gefahr für die Rentabilität der Industrie erscheinen zu lassen. Es wird die allerhöchste Zeit, daß die Wähler der Schwindeldemokratie und Schmarotzer das Handwerk gründlich legen.

Die Regierung im Wahlkampf.

Gegen die Sozialdemokratie!

Die Konservativen fordern in ihrer Presse und mehrheitlich noch mehr auf den Weg über die Hinterwege ein härteres Eingreifen der Regierung in den Wahlkampf an ihren Kursen. Sie nehmen für ihre Partei die Vorteile des parlamentarischen Regierungssystems in Anspruch, ohne sich um den Nachteil, die eine solche Regierungssystem für die Junkerklasse mit sich bringt, abringen zu wollen.

In parlamentarischer Regierungssystem geben die Wähler in den Wahlkampf, doch nicht als Angehörige und „Wahlbürger“ von Beamten und Arbeitern, auch nicht als Wertschätzender der Krone, sondern als Parteimitglieder und Parteimitglieder, sondern als die vom Wähler besessenen, die sie sich anstrengen, eine besondere autoritative Stellung, sondern sie unterwerfen sich der Autorität der Demokratie, die allein ihnen ein Mandat, und damit die unerlässliche Voraussetzung für ihr weiteres Ministeramt gewährt kann. Mithin der Ministeramt durch, oder bleibt die Partei, für die er in den Wahlen gekämpft hat, in der Ministerzeit, dann legt der Minister sein Amt nieder und kämpft als einfacher Parteimitglied für seine Sache weiter.

Die Herren v. Bethmann, Bismarck, Krupp usw. denken nicht daran, aus einem ihnen unangenehmen Wahlkampf die Konsequenzen zu ziehen. Sie betonen sich nicht als die Beamtenmänner, sondern als die vom Wähler besessenen, die sie sich anstrengen, eine besondere autoritative Stellung, sondern sie unterwerfen sich der Autorität der Demokratie, die allein ihnen ein Mandat, und damit die unerlässliche Voraussetzung für ihr weiteres Ministeramt gewährt kann. Mithin der Ministeramt durch, oder bleibt die Partei, für die er in den Wahlen gekämpft hat, in der Ministerzeit, dann legt der Minister sein Amt nieder und kämpft als einfacher Parteimitglied für seine Sache weiter.

Als ein Erfolg konservativer Maßnahmen ist es daher beklagenswert, wenn jetzt die Regierung in ihrer Weise, d. h. nicht mit Wählerentscheidungen, sondern mit Hilfe in die Wahlbewegung eingreift. Nachdem verschiedene Bundesregierungen und „unabhängige“ Berliner Regierungskreise mit schlechtem Beispiel vorgegangen, kommt in der Provinz ein Erlaß des Herrn v. Bethmann Holveg zum Vorschein, der darauf abzielt, die dem Reichstagspräsidenten untergebenen Personen im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie mobil zu machen. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstagspräsident. Berlin, 8. Dez. 1911.

Bei den bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstag ist es als die patriotische Pflicht aller Staatsmänner Bürger zu erachten, den ihrem höchsten Ehrenamt zu werden, und die von den Wähler besessenen, die sie sich anstrengen, eine besondere autoritative Stellung, sondern sie unterwerfen sich der Autorität der Demokratie, die allein ihnen ein Mandat, und damit die unerlässliche Voraussetzung für ihr weiteres Ministeramt gewährt kann. Mithin der Ministeramt durch, oder bleibt die Partei, für die er in den Wahlen gekämpft hat, in der Ministerzeit, dann legt der Minister sein Amt nieder und kämpft als einfacher Parteimitglied für seine Sache weiter.

Ein Dokument von offenkundiger Inehrlichkeit. Man hat nicht den Mut zum Stillsitzen, der dazu gehören würde, die Beamten zur Einmündigkeit für oder gegen bestimmte Parteien offen aufzufordern. Darum bemüht man die Kontrolle der Wählerlisten als durchgehenden Vorwand, um die Beamten an ihre „patriotische Pflicht“ als Staatsbürger zu erinnern. Man legt den Beamten, daß sie wählen sollen und wählen sollen zu: „Wer nicht wählen will, ist ein Feind der Nation“, natürlich, und „patriotisch“. Man kann die Regierung zu ihrem Selbstverleugern die Beamten nicht kontrollieren, sie kann nicht verhindern, daß große Massen von Beamten sozialdemokratisch stimmen, wie das bisher gemeinlich schon geschehen ist und bei den kommenden Wahlen sicher in viel weiterer Ausdehnung als je zuvor geschehen wird — aber wenn sie schon ihre Untertanen nicht bis in die

Wahlgele beglitten und ihnen dort bei der Abstimmung des Stimzettels die Hand führen kann, so geht sie mit ihnen doch gleichsam wenigstens bis zur Eintragung der Wahlzettel, sie fähig an die „patriotische Pflicht oder staatsbürgerliche Pflicht“ erinnern.

Der Uebergriff der Regierung beruht nicht auf seinem bewährten Charakter, daß er in vorläufiger Form gefestigt ist. Die Regierung hat dafür zu sorgen, daß der Beamte im Amt die ihm übertragenen Aufgaben erfüllt, das ist ihr Recht und ihre Pflicht. Was er dagegen als Staatsbürger und Wähler tut, das geht sie auch nicht das allermeiste an. Ob der Beamte die Wählerliste kontrolliert, ob er zur Wahl geht oder nicht, das ist seine eigene Sache, da darf er tun oder lassen, was ihm gefällt.

Eine Wahlpflicht besteht nur in moralischem, nicht im rechtlichen Sinne. Wenn die Parteien den Wähler an seine Pflicht erinnern, so liegt darin eine Mahnung, die von gleichberechtigten Mitbürgern ausgesprochen wird, kein Auftrag. Aufträge hat der Wähler überhaupt nicht entgegenzunehmen, und darum hat auch die Regierung kein Recht, ihren Beamten als Wähler irgendeinen Auftrag zu erteilen, mag er sich nun auf die Wahl einer bestimmten Partei beziehen oder auf die Ausübung des Wahlrechts überhaupt.

Eine brutale oder brutale Sprache freilich als gegenüber dem Beamten führt die Regierung gegenüber dem Wähler eine d. h. ängstlichen Wähler etc. Es ist sicher doch kein Zweifel, daß knapp drei Wochen vor der Wahl die schwarzblaue Presse mit dem Ausdruck besonderer Genugtuung folgende Nachricht melden kann, die wir bereits in der letzten Nummer kurz besprochen:

Der (preussische) Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Vorbesitz des § 2 der gemeinlichen Bestimmungen für die Arbeiter oder Dienstleistungen folgende Form gegeben: „Jeder Arbeiter ist dem Vorgesetzten Gehorsam schuldig und hat allen Anordnungen der Verwaltung Folge zu leisten. Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich anständig zu schmeißen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungswidrigen Bestrebungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten.“

Durch diese ministerielle Verfügung wird die Freiheit von Hunderttausenden preussischer Reichstagswähler auf das empfindlichste eingeschränkt. Ein Staatsbürger, der das Recht zu wählen hat, muß selbstverständlich auch das Recht haben, sich über das Programm der verschiedenen Kandidatenbewerber persönlich zu informieren. Das Reichstagsgesetz hebt daher auch für die Wahlzeit die meisten gesetzlichen Beschränkungen der Versammlungsfreiheit auf. Aber diese außerordentlichen Beschränkungen werden auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der preussischen Verwaltung wieder eingeführt und so sozialistischer Parteien vertrieben, indem man den Sozialarbeitern den Besuch sozialdemokratischer und anderer ordnungswidrigen Wählervereinigungen überhaupt verbietet. Preussische Willkür befreit die gesetzliche Freiheit. Mit dem selbst Recht, wie Herr Freitenbach, kann die Firma Krupp oder Müller u. Schulze, Cohn u. Söhne n. w. ihren Arbeitern den Besuch von bestimmten Wählervereinigungen verbieten, und ein solcher inoffizieller Eingriff in die staatsbürgerliche Freiheit wird nicht mehr und nicht minder „berechtigt“ sein als die preussische Ministerverordnung. Mit demselben Recht, mit dem der Internerminister Staat den Besuch sozialdemokratischer Versammlungen verbietet, kann ein anderer industrieller oder landwirtschaftlicher Unternehmer den Besuch anderer Wählervereinigungen verbieten, die ihm nicht gefallen, z. B. einer nationalliberalen Wählervereinigung in irgendeinem ortsbildungs- oder landwirtschaftlichen Gebiet. Der preussische Minister ist ja auch „weiser“ genug, denn die immerhin klaren Begriffe der sozialdemokratischen Bestrebungen einen zweiten, höchst unklaren zu legen, wodurch gelangt wird: „Verbieten ist alles, was uns nicht gefällt.“ Das sind „ordnungs-widrigen“ Bestrebungen? Die fortschrittliche Presse hat diese Frage aufgeworfen, flugs antwortet die Verwaltungszeitung, auf diese Frage (wird) das föderale Reichstagsgesetz, die liberalen Parteien auch nicht besser als die Sozialdemokraten. Warum folgt, daß der preussische Beamte, noch mehr der preussische Staatsarbeiter seine Informationen darüber, wie er sein „freies“ Wahlrecht ausüben soll, nur aus Konventionen und Zentrumserklärungen beziehen darf. Die Herrschaft der politischen Gewalttäter wird immer unerschütterlicher. Die Wähler unter den Staatsarbeitern werden am 12. Januar die richtige Antwort finden.

Politische Uebersicht.

Seite 6. E. am 27. Dezember 1901.

Der bayerische Großhof.

Nach eingehenden Verhandlungen, die seit der Verkündung des bayerischen Landtags dauerten, ist am Freitag, den 20. Dezember, ein Wahlabkommen für die bayerischen Landtagswahlen geschlossen worden, das sich gegen das Zentrum richtet. Es wird uns darüber aus Württemberg geschrieben:

Nach eingehenden Verhandlungen haben am 20. Dezember 1901 die liberalen Parteien, der bayerische Bauernbund, der deutsche Bauernbund und die sozialdemokratische Partei Bayerns ein Abkommen für die Landtagswahlen geschlossen, mit dem Ziele, das bayerische Volk von dem Druck der Zentrumsmehrheit zu befreien und die bayerischen Landtagswahlen zu gewinnen. Dieses Abkommen ist, wie kaum noch besonders betont zu werden braucht, ein rein faktisches und beruht weder Programm noch die Selbständigkeit der einzelnen Parteigruppen.

Der Zweck, das bayerische Volk dauernd von der Gewalttätigkeit der Zentrumsmehrheit zu erlösen, schließt in sich das ernste Streben nach einem gerade in Württemberg. Das geltende Wahlgesetz mit seiner auf die Interessen der Zentrumskandidaten gerichteten Wahlreizeinteilung, mit seiner Ausschaltung der Sitzenwahl, hat sich als unzulänglich erwiesen, das freie politische Leben in Bayern zu fördern. Es zwingt die Parteien, die trotz ihres größeren Anteils an den abgegebenen Stimmen in die Minorität gedrängt sind, schon im ersten Wahlgange zusammenzutreten, um das ihnen zugefügte Unrecht einigermaßen auszugleichen und eine Wahlreform im Sinne des Proposits vorzuerbaren.

Dieses Abkommen erträgt sich über das ganze rechts- und links-reinliche Bayern. Seine Notwendigkeit für das bayerische Volk ist, abgesehen von den durch das ungenügende Wahlrecht geschaffenen Verhältnissen durch die Umstände, unter denen der Landtag aufgestellt werden mußte, aller Welt hinreichend darzulegen.

Die Einzelheiten des Abkommens werden den mit der Ausführung betrauten Organisationen der beteiligten Parteien sofort bekanntgegeben.

Die zum gemeinsamen Vorhaben vereinigten Parteien sind sich der Schwierigkeit ihrer Aufgabe bewußt. Sie erwarten aber von der Ehrlichkeit des bayerischen Volkes und insbesondere der Wahlberechtigten, daß sie die Bedeutung der am 5. Februar für Bayern bevorstehenden Entscheidung nicht erschöpfen.

Denn darüber zweifeln alle Ehrlichgesinnten sich klar sein müssen, was die Folgen sind, die das Ziel zu erreichen und den Lebensmut der auf nichts als das große Unterdrückung und Verformenswerten behaupten. Wenn die Reichstagspartei zu brechen, so tragen sie die Verantwortung dafür, daß Bayern, und über Bayern hinaus das Reich auf unvorhergesehene Weise in die Arme der rückwärtsgerichteten Zentrumsherrschaft ausgetrieben wird.

Die Einzelheiten des Abkommens, insbesondere die Verteilung der Kreise, zur Kandidatenaufstellung an die einzelnen Parteien, werden später nach der Kandidatennominierung bekanntgegeben werden. Die bayerische Parteiorganisation beschließt dieses Wahlabkommen in einer Konferenz, der auch Vertreter des Parteivorstandes in Berlin beizutreten.

Dieses Großabkommen scheint vom Standpunkte einer konsequenter sozialdemokratischen Massenpartei aus außerordentlich viele Bedenken zu haben. Es drückt uns zu einer rein parlamentarischen Partei herab, die ihre Ziel, Befreiung des bayerischen Volkes, verliert. Denn das Abkommen verpflichtet die Partei, in einer großen Anzahl Wahlkreise auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten, dafür aber mit ganzer Kraft für den liberalen oder sonstigen kapitalistischen Kandidaten einzutreten, zu wirken und zu arbeiten. Wie soll denn das der Sozialismus unter den Wählern durchsetzen? Es wird damit eine heillose Verwirrung unter den politisch ungeschulten und nicht gekleideten sozialdemokratischen Anhängern geschichtet und jede klare Erkenntnis des Klassenkampfes einseitig zerstört. Dem (einmaligen) parlamentarischen Erfolge steht die Zerschlagung der Parteibewegung im Volke gegenüber — das ist eine direkte Gefahr von unserer bisherigen Politik. Die Spitze im Parlament sind am 5. Dezember betraut, wie die Mittel und Befähigung der Partei in der bayerischen Verfassung dieser Art keine Zeit, weshalb wir uns bereit mit diesen Bemerkungen begnügen möchten. Wir hoffen nur, daß der Parteivorstand durch diesen bedenklichen Schritt auf jeden Fall wenigstens im voraus zu warnen möge.

Nach neueren Meldungen sollen durch das Abkommen der Sozialdemokraten sechs, den Liberalen 20 D. D. im Bayernwählerbund fünf anschlüssliche Wahlkandidaturen zugeordnet worden sein. Sollte das richtig sein, so hätte sich die Sozialdemokratie aus freigelegten Kreisen einfach ausgetrieben lassen!

Der Vorwärts sucht das „Großabkommen“ als „Eingeständnis“ und „vorübergehendes Hülfsmittel“ darzustellen. Er sagt u. a.:

„Aber muß den bayerischen Genossen allein die Verantwortung übertragen werden. Man wird nur hoffen können, daß das Ziel erreicht und daß dieses Kompromiß ein zeitweiliger Fall bleibe, der durch die besondere Situation erklärt wird. Von einem Großhof nach hohem Maßstab, von einer dauernden Arbeitgenossenschaft ist nicht die Rede. Es ist ein Uebereinkommen für diese bestimmte Wahl und zu einem bestimmten Zweck.“

Die Reichstagswahlen aber geben auch den bayerischen Genossen Gelegenheit, den Kampf gegen alle bürgerlichen Parteien mit radikalster Prinzipien der Schärfe durchzuführen. Je höher dieser Kampf geführt wird, desto geringer die Gefahr, daß das Abkommen für die Landtagswahlen in unserer eigenen Reihen Verwirrung stiftet und die Zerkleinerung herbeiführt, daß die Arbeiterklasse von allen bürgerlichen Schichten durch einen Abgrund getrennt wird. Für uns hat ein solches Abkommen nur als vorübergehendes Hülfsmittel Sinn, als Abwehr gegen augenblickliche Gefahren, die dem Recht der Arbeiterklasse drohen, als Mittel, unsere Kampfbewegung zu stärken. (?) Wir hoffen aber, daß in allen ernstlichen Fragen die Arbeiterklasse sich nur auf die eigene Kraft verlassen kann und daß kein Kompromiß die nötige Unabhängigkeit tangieren darf, mit der die Arbeiterklasse für ihre vollständige Befreiung kämpft.“

Die Nationalliberalen für's Justizstrafgesetz.

In einem polemischen Artikel des nationalliberalen Schwäbischen Kuriers, der sich mit dem neuesten Strafgesetzbuch des Herrn v. Heidebrand befaßt, wird zur Verurteilung des konservativen Rufers nach „Schuldmassnahmen gegen die Sozialdemokratie“ wertvoll mitgeteilt:

„Unbereits wird sich die nationale liberale Partei in unserm Wissen den feierlich durch Herrn v. Bethmann im Reichstage erwähnten Änderungen des Strafgesetzbuchs (verschärfte Strafen für Verbrechen, Haftung begangener Verbrechen, für Ausweisung, für Terrorismus hinsichtlich des Konklarrens usw.) nicht widersetzen.“

Das ist zwar nichts neues, aber trotzdem kommt diese Mitteilung von nationalliberaler Seite gerade noch rechtzeitig, um im ganzen Deutschen Reich den Arbeitnehmern zu zeigen, was sie von den Nationalliberalen zu erwarten haben.

Dem würde ein Justizstrafgesetz nützen?

Diese Frage beantwortet im Berl. Kogelblatt, dem Hauptorgan des entschiedenen Liberalismus, der bürgerliche Sozialpolitiker Dr. Ludwig Henke. Er führt aus, daß der § 153 der Gewerbeordnung heute schon ein sehr bedenkliches Ausnahmeregulierung außer einem gewissem schmerzhaften Unternehmertum, im wesentlichen nur den Mitgliedern selber Gewerkschaften zugute kommen würde, denen man in diesem Sinne auch die grundsätzliche freigelegten katholischen Handwerker (Sich Berlin) zugehen dürfte, und den berufsmäßigen Streikbrechern. Große Gewerkschaften seien nur möglich als Gegenstand zu ernsthaften Gewerkschaften, die berufen auf der konsequenten Unterbietung von deren Forderungen. Auf die berufsmäßigen Streikbrecher wurde die Öffentlichkeit erst durch die Weabiter Skandal aufmerksam, an denen die Eingabe eine starke „moralische Mißbilligung“ gehabt habe. Es handle sich hier um völlig minderwertige Erscheinungen, die die Streiklosigkeit zum Prinzip haben. Die Streikbrecheragenten preisen den Unternehmern ihre „nationale Gefinnung“ an. Selbstverständlich fänden die 10–12 derartigen Bureaus für Streikbrecherermittlung in Deutschland in der Regel nur Menschen, die nichts zu verlieren haben, auch keine Ehre. Die Vermittlung dieser gerichtsnotorisch „abenteuerverlustigen Seelen“ bildet

Samuel der Suchende. (Nachh. verb.)

Roman von Npton Sinclair.

Samuel sah zusammen — verzweifelt. „Sie überlassen mir alles allein.“
Der Doktor nickte ihm an.
„Was wollen Sie denn tun?“
„Buerk besuche ich diese Wammer,“ antwortete Samuel. „Ich will ihnen die Möglichkeit geben, das Unrecht ihres Sombelns zu erkennen.“
„Aber!“ rief der Doktor aus. „Sie sind wahnsinnig.“
„Wahnsinnig bin ich das?“ war die Antwort. „Das kann ich nicht ablernen.“
„Wenn Sie einen solchen Schritt tun wollen,“ rief der Doktor. „so machen Sie den Herrn wenigstens klar, daß ich Sie nicht begreifen habe und Sie nicht von mir Sanction erhalten.“
Es vergingen Minuten, die Samuel ihm Antwort gab. Die Worte schienen ihm die unumwunden, die sein Freund zu gesprochen. Sie zeigten, daß Dr. Wince ein Feindling war!
„Mein Herr!“ Sie können darüber ruhig sein,“ sagte er endlich.
„Ich nehme die ganze Last auf meine Schultern.“ — „Ich glaube,“ es hat nun keinen Zweck mehr, daß ich sie weiter besuche.“
Damit erhob er sich und verließ das Haus.

Kapitel XXIII.

Als Samuel aus Dr. Winces Hause ging, erfuhr er in qualvollen Gefühl der Verlassenheit. Er war wieder allein, und die ganze Welt stand ihm feindlich gegenüber.
Einen Augenblick wollte ein Impuls ihn zwingen, zurückzugehen. Er war ja nur ein Fremder, der hatte er sich zu erlauben können, gegen den Weifen, den Großen aufzutreten? Doch wie ein Weifenstachel trieb ein anderer Gebante ihn wieder vorwärts — der Gebante, der seines Handelns Triebfeder gewesen, der Gebante an die Lebenden, die Ungerechten Wollte — aber was war's? Werden, alle in einer Welt zu leben, wo es so viel Gutes und Unheimlichkeit gab. Da, und doch nicht er lieber, als — dem Unrecht ungehindert seinen Lauf zu lassen. Für ihn gab es kein Zurück mehr, nur ein Vorwärts! Wie und wo aber sollte er beginnen? Mit Dr. Wince? Von dem Mann sprach Samuel sich nicht bei irgendeinem seiner Bekannten. Dr. Wince hatte er schon beim ersten Sehen ein Grauen empfunden.
Dann dachte er an Dr. Whigant. Sollte er der erste sein? Der Mann erinnerte ihn an etwas, das durch den gewaltigen Rückgang der Ereignisse in ihm zurückgedrängt war. Wie

Glads! Wie würde sie diese Sache aufnehmen? Und was würde sie sagen, wenn sie von ihres Vaters Schlichtigkeit erfährt?
Halt! Ein neuer Gedanke! Warum sollte er sie nicht ins Vertrauen ziehen? Sie könnte und würde ihm helfen. Sie hatte ihm bei Sophie geholfen und versprochen, ihm bei Walter Arbeit zu beschaffen. Entschieden war es ihr Recht, in die Angelegenheit, die ihre Familie in so große Angst, einwogelt zu werden. Soweit es ihre Vater betraf, mußte sie am besten wissen, was getan werden konnte. Er wollte sie um Rat fragen, wie er sich ihm nähern könnte.
Er ging nach dem Hause und fragte nach Sophie.
„Sage Mir Glads,“ daß ich sie sprechen möchte,“ sagte er ihr.
„Es war sehr, sehr müde.“
„Sophie ging, lehrte zurück und führte ihn hinaus.“
„Samuel, Sie müssen nicht am Nachmittag zu mir kommen,“ empfing ihm seine Anbete. „Das ist nicht sicher.“
„Ja, Mir Glads. Doch heute betrifft es eine ernste Sache — es hat mit mir selbst nichts zu tun.“
„Was ist es?“ fragte sie.
„Es betrifft Ihren Vater, Mir Glads.“
„Meinen Vater?“
„Ja, Mir Glads. Es ist eine lange Geschichte, und ich muß vom Anfang an beginnen.“
Er erzählte ihr nun, wie er zur Kirche gekommen, wie der Eisen ihm ergriffen, die Menschen zu helfen — und wie er da einen taubstumm Menschen kennen gelernt, der seinen Glauben angegriffen und so schreckliche Dinge sagt.
Als er damit kam, was ihm Charlie Smith über ihren Vater erzählt, wollte Samuel die Geschichte etwas besser wissen, doch Mir Glads hinderte ihn daran — sie mußte alles wissen, sie schien sogar erkannt, daß er nicht mehr Einzelheiten angeben konnte.
„Und Sie man auch?“ rief sie lachend. „Ich hielt ihn immer für einen Fanatiker. Ja, was Sie. Sie haben nicht den hungrigen Blick von seinen Schulzeisten herüber.“
„Samuel erzählte weiter von den Aufführungen Callahans.“
„Und die Nachrichten brachten Sie Dr. Wince?“ rief sie bewundernd.
„Was sagte er dazu?“
„Er wollte nichts damit zu tun haben. Nun ist alles mir überlassen.“
„Und was wollen Sie jetzt tun?“
„Ich weiß es noch nicht, Mir Glads. Buerk muß ich Ihren Vater sprechen, heute ich.“
„Meinen Vater sprechen?“ rief das junge Mädchen betroffen.
„Ja, Mir Glads.“
„Aber warum?“

„Ich muß ihn zu überzeugen suchen, wie sündhaft diese Sünden sind.“
„Mir Glads!“ rief sie mit großen, bestrahlten Augen an. „Sie denken, daß Sie zu machen, daß Sie zu gehen wollen, um mit ihm über seine Handlungen zu sprechen?“
„Ja, Mir Glads, ganz — was kann ich sonst tun?“
„Mir Glads,“ von diesem ich Lauchentum heraus, verabsichere ich mich darin, und werde ich über den Fall. Sie war von einem Gefühl, dessen Ursache nicht ganz klar war, überwältigt.
Das beantwortete den Anaben natürlich.
„Mir Glads!“ — rief er — „Sie sind mir doch nicht böse?“
Sie murmelte hinter ihrem Lauchentum: „Nein, Samuel, nein.“
„Sie lieb Sie das Tuch fassen — ihr Gesicht war sehr gerötet.“
„Besuchen Sie ihn nur,“ sagte sie.
„Sie nehmen es nicht übel?“ rief er besorgt.
„Nein, nicht im geringsten. Gehen Sie auf Ihr Ziel los und tun Sie, was Sie tun können. Er ist ein sehr schlichter, aber nicht so verstanden Sie sein Herz erweichen können, wird es an unter aller Weifen sein.“
„Und es wird unsere Verwandtschaft nicht trüben?“
„Unsere Verwandtschaft?“ wiederholte sie erstaunt — siehe aber sofort hinzu: „nicht im geringsten. Doch sprechen Sie nicht mit ihm darüber. Sagen Sie gar nicht, daß Sie mich kennen.“
„Gott sei Dank, Mir Glads.“
„Sagen Sie ihm, daß Sie im Namen der Kirche kommen, und geben Sie ihm eine kluge Ration, Samuel, denn ich bin überzeugt, daß er alles, was Sie angeben, getan hat und noch die Schuldigen.“
„Mir Glads?“ stammelte Samuel.
„Und, Samuel, begreifen Sie nicht, nachdem zu mir zu kommen, um mir Bericht zu erstatten. Vielleicht kann ich Ihnen dann raten, was Sie zunächst tun müssen.“
Es kam ein Pauk während der die Flug in Aug's Händen. Plötzlich rief Mir Glads, von einem starken Impuls getrieben:
„Samuel, du bist ein Engel!“
„Sie lächelte dann und ließ wie ein fliehender Vogel, lehnte sie sich an ihn und berührte seine Wangen mit ihren Lippen — bis Samuel verstand, sie kann und ließ Samuel in seiner Verwirrung alle. —
Samuel begann sich auf den Weg nach Mr. Whigants Kantor. Doch gerade, als er an die Brücke kam, flüchte Mir Glads' Automobils um ihn herüber. Deshalb wandte sich der Anabe und schaute zum Hause zurück. Diesmal hingete er an der Wandertür.
(Fortsetzung folgt.)

eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und auch gesundheitsliche Gefahren sind oft mit diesem barometrischen Transport von Menschen, die der Hitze des Sommers anheimfallen. Diesen Reuten würde ein Zuchthausgesetz vornehmlich zugute kommen. ... Der Artikel schließt: Daß sich das Gerechtigkeitsgefühl des Arbeiters dagegen auflehnt, ist selbstverständlich; aber auch außerhalb der Arbeiterschaft müssen alle Kräfte aufgebracht werden gegen ein derartig demoralisierendes Gesetz, rechtzeitig und energisch Protest zu machen. Die Reichstagswahlen bieten Gelegenheit, für eine Mehrheit zu sorgen, die sich zu einem derartigen Plane der Regierung nicht vergibt.

Die Entlohnung des Veteranen.

Ein etwa 70 Jahre alter Kriegsteilnehmer hat unserem Krieger-Parlament, der Rheinischen Zeitung, seine Orden und Ehrenzeichen überreicht und den folgenden Brief beigefügt: Auf ihren Veteranenartikel vom Montag abend teile ich Ihnen mit, daß es mir bis heute nicht gelungen ist, eine Unterstützung zu erlangen, trotz aller meiner Bemühungen. War stets Bentzums Mann, sehe mich auf meine alten Tage veranlaßt, zu Ihrer Partei überzutreten, da Sie doch wenigstens die Interessen der Arbeiter und Veteranen vertreten, was man von den anderen Parteien nicht zu erwarten hat, besonders vom Zentrum nicht. Sie erhalten am 12. Januar mein Entlassungszeugnis, wobei ich Ihnen meine Orden und Ehrenzeichen einreichte, weil sie mir heute am Gabel gebunden sind. Von dem Kaiser-Wilhelm-Orden lasse ich mir zum Andenken einen Pfeifenstiel machen.

Mit Gruß (folgt der Name). Unter den Orden und Ehrenzeichen, die dem mit Recht empörten alten Manne zum Teil geworden sind, befindet sich eine Medaille mit der Aufschrift: „Unser tapferster Krieger 1864.“ Das dankbare Vaterland!

Deutsches Reich.

— Ueber die Einberufung des Reichstags wird mitgeteilt: Die Annahme, daß der Reichstag am 7. Februar, also am frühesten Termin, zusammentreten werde, ist voraussichtlich nicht zutreffend. Es wird zwar über den Tag des Zusammentritts noch keine endgültigen Bestimmungen getroffen worden. Es besteht aber aus zweifelsfreien Gründen die Aussicht, den Reichstag erst Mitte Februar einzuberufen. Da es um 1. April der neue Reichstag eintritt, muß, preßt man die neue Volksvertretung sofort wieder um die Möglichkeit einer eingehenden Kritik der Reichspolitik. — Die Besetzung für die Befragung neuer Untertanen. Wilhelm II. hat dem Staatssekretär des Reichs, Herrn von Bieden-Bücker, unter dem 24. Dezember die Willkürkammer zum roten Adlerorden 1. Klasse „mit Eichenlaub“ verliehen. Wiederholt hat dem Reich die berechtigten Konjunkturpolitik seiner schaffranke Menschensprecherbevölkerung verschafft, welche Besetzung dem Reichstage nur „zur Kenntnisnahme“ vorgelegt wurde. Ein Akt der Volksvertretung, darüber zu beschließen, gab es nicht. Wiederholt hängt sich jetzt sein Eichenlaub um und das deutsche Volk begrüßt die Wollen für die Kolonialisierung.

— Wer beugndigt wird! Vor einiger Zeit hatte das Landgericht in Weiningen zwei Schuldeute, namens Krauß und Müller, die einen Jungen gefangen und bedrückt hatten, zum ihm ein Geständnis zu erstatten, obwohl er unschuldig war, zu der harten aber gerechten Strafe von 1 Jahr Zuchthaus und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Jetzt hat, wie das Weiningener Tageblatt mitteilt, der Herzog die Strafe des Krauß von 1 Jahr Zuchthaus in 1 Monat Gefängnis und die des Müller von 4 Monaten Gefängnis in 1 Woche Gefängnis umgewandelt. Angefichts solcher Beugndigungen braucht man sich dann nicht zu wundern, wenn Schuldeute sich immer wieder zu ähnlichen Verfehlungen hinreißen lassen.

— Ungültige Mandate. Das Oberlandesgericht in Solmar, dem die Prüfung der Mandate zum selbstthätigen Landtage übertragen ist, hat die Mandate der Wgg. Wolf und 31 andere für ungültig erklärt. Der Wgg. Wolf war mit nur 12 Stimmen Mehrheit gewählt worden, und die Prüfung der Wahl ergab, daß ein Dutzend Personen mitgewählt hatten, obne daß sie wahlberechtigt waren.

Frankreich.

Das deutsch-französische Karollabkommen wird nunmehr noch den Senat beschäftigen, der das Abkommen in allen seinen einzelnen Punkten einer Durchberatung und Nachprüfung unterziehen wird. — Die Hoffnung, daß dann die ganze unheimliche Karollfrage endgültig erledigt ist, scheint sich noch nicht erfüllen zu wollen. Denn einer Meldung des Pariser zufolge, macht Deutschland neue Schwierigkeiten wegen der Frage der Abgrenzung des Konjunkturgebietes. Deutschland beansprucht die dem abgetretenen Gebiet vorgelegten Inseln und 80 Kilometer Uferland.

Italien.

Die Kriegsbegeisterung und die Sozialisten. In einem Reisebriebe an die Humantäts genante Genosse Longuet in charakteristischen Strichen die Schlammwelle des Krieges, die sich derzeit über Italien ergießt. Schon am Bahnhof in Turin ist alles bewegt vom Kriegesieber. Auf den Straßen bunte Plakate mit Bildern von Bombardements und ähnlichen Greuelen. Die Zeitungen, von den Inoffiziellen bis zu den tabulanten, mit schreienden Aufschriften vom Kriegs-

schauplatz — ausgenommen allein unser Parteiblatt, den jetzt in Mailand erscheinenden Quanti. Dasselbe Schauspiel auf der Welterde und in der Hauptstadt des modernen und industriellen Italiens, in Mailand. Auf einem Gang durch eine der großen „Galerien“ (Passagen) in der Nähe des wunderbaren Doms sieht er eine Menge, die sich vor einer Auslage drängt, erregt und kauft. Unendlich sieht sie Kriegsgegenstände in einer afrikanischen Landstraße: Tücher im Reg, mit verzerrten Gesichtern, verfolgt vom tapferen italienischen Soldaten.

Ueber die Haltung der Sozialisten erzählt ihm Richtig, der sozialistische Journalist, an der Universität Turin. Richtig, der die Förderung des Internationalismus und der Friedensfrage zu einer seiner besonderen Aufgaben gemacht hat, war lebhaft erregt über den Ausbruch des Chauvinismus bei einer Arbeiterkraft, die er für besonders geistig gegen nationalitätliche Strömungen gehalten hatte. „Heute hat die Woge alles vor sich weggerissen, mit unbegriffen die Theoretiker des revolutionären Sozialismus. Arturo Labriola wie Paul Orano bekräftigen den Krieg, der berufen sei, die Weltkraft des Landes und sein Gefühl für Heroismus zu heben.“ Man sieht, wie leicht das symbolische Phantasiegeschloß sich in das „patriotische“ überleiten läßt. Mit voller Anerkennung aber sprach Richtig von der Haltung des größten Teils der Sozialdemokraten. Nur die Rechte der Reformisten mit Bisolati nehme eine freundliche Haltung zum Krieg ein.

Cürkel.

Friedensverhandlungen oder nicht? Während die Ratifer Zeitung Petit Parisienne behauptet, daß italienische Unterhändler seit 14 Tagen in Konstantinopel mit der Flotte in Friedensverhandlungen eingetreten seien und ihre Bemühungen nach dieser Richtung hin fortsetzen, erklärt die türkische Regierung, daß von Friedensverhandlungen solange keine Rede sein könne, wie Italien sich weigere, die Bedingungen anzunehmen, die sie zur Einleitung von Verhandlungen voraussetze. — Die italienische Flotte beschränkt sich augenblicklich auf die Kaperton von ihr verdächtigt erscheinenden Transportschiffen. Ein italienischer Kreuzer beslagnahmte unweit der ägyptischen Küste einen Segler, welcher unter griechischer Flagge fuhr und ägyptischer Nationalität war. Das Schiff war mit Waffen und Ausrüstungen für drahtlose Telegraphie beladen.

Ein Aufschlag auf den Kriegsmilitär. Konstantinopel. 27. Dezember. Der Kriegsmilitär Kommandochefet Pascha hat von einer „patriotischen Liga“ einen Brief erhalten, in dem er namens des gesamten Offizierskorps angefordert wird, abzugeben, widrigenfalls sein Leben gefährdet sei. Durch Vergleichen der Handschrift stellt man fest, daß der Schreiber des Briefes der Hauptmann Adri Bey aus Adrianopel ist. Vor den Kriegsmilitär geführt, gefand der Hauptmann freiwillig ein, das das Offizierskorps den Kriegsmilitär wegen seiner Sinnlosigkeit zum Komitee beurteilte. — Der Kriegsmilitär hat seine Haltung gerechtfertigt, vorläufig aber keine Schritte gegen den Urheber des Drohbrieves unternommen.

Perften.

Die persische Regierung hat die russischen Forderungen erfüllt. So wird aus Teheran gemeldet. Rußland hat nur eine kleine Minderung an seinem Minimum vorgekommen. Generalstabschefster Schufter ist bereits von seiner Entlassung benachrichtigt worden. Morgens werden die Palare wieder geöffnet werden. Die Regierung ist durch die heutigen Ereignisse in Turin und Prag sehr beunruhigt. Sie hat an die Ostschäben und die Entschimmern die Meldung von der Beendigung des Konflikts mit Rußland gefandt und ihnen die strenge Befehle erteilt, die Feindseligkeiten unverzüglich einzustellen, mit den russischen Konsuln in Verhandlung zu treten und die normale Lage wiederherzustellen.

Wie der Reich meldet, will Rußland seine Truppen in Turin verstärken. Rußland will von einem Protest gegen die persische Regierung wegen der mehrfachen Ueberfälle auf russische Truppen absehen und beschließt, die „Schuldigen“ selbst zu bestrafen. (1) — Die russischen Truppen sollen Perften verlassen, sobald die „Ruhe wiederhergestellt“ ist. (2) Einen bestimmten Zeitpunkt für die Zurückziehung des Militärs anzugeben, weigert sich die russische Regierung. Und das ist verdaulich. Sie wird schon dafür sorgen, daß sobald keine „Ruhe“ eintritt!

China.

Die revolutionäre Bewegung hat durch den abgeschlossenen Waffenstillstand und die eingeleiteten Friedensverhandlungen eine vorübergehende Unterbrechung erfahren. Insofern ist wohl kaum Aussicht vorhanden, daß die Verhandlungen die Revolution zu einem guten Ende führen werden. Nach Derselben aus Garbin stellt sich die gegenwärtige Lage so dar: In Peking ist alles ruhig, obgleich die Regierung seine weiteren Mittel besitzt, den Kampf fortzusetzen. Der Ministerrat unter Yuanshihai verhält die meisten regierungstreuen Provinzen. Die mandchurische Partei tradiert Yuanshihai nach dem Leben, da sie annimmt, daß er im Falle des Sieges sich zum Diktator aufwerfen würde. Der Ausgang der Verhandlungen zwischen der Regierung und den Revolutionären ist ungewiß. Die ausländischen Konsulle raten den Revolutionären, auf der Entlassung der Donschit zu bestehen, weil diese keineswegs Versprechen halte. Die Regierungstruppen

sind höchst befohlen und kämpfen ungen. Die Nachricht, daß die revolutionäre Waffen vom Ausland erhalten, werden als Täuschung betrachtet. Wenn überhaupt ein Waffenlieferungen existiere, sei es nur sehr gering. Die Revolutionäre seien im Weich fast aller Arsenale. In der Mandchurische Reichsarmee; die Gärung in der Mongolei wird von der chinesischen Regierung wenig beachtet. In Tibet soll der Dalai Lama die Macht wieder an sich gerufen haben.

Aus der Partei.

Sozialdemokraten im Braunsburgischen Provinziallandtag. Nachdem am Donnerstag der Charlottenburger Gemeindevertretung Gen. Dr. Worchardt in den Braunsburgischen Provinziallandtag gewählt wurde, ist am Freitag von der Stadtverordnetenversammlung in Gönneberg auch noch Genosse Wolfenbüh in diese Körperschaft gewählt worden. Es gehören dieser bisher für Sozialdemokraten und ausgleichlichen Körperschaft nunmehr zwei Sozialdemokraten an.

Sozialdemokratische Alkoholgesetz.

In der Steuerdebatte des österreichischen Abgeordnetenhauses, in der namentlich die Fragen der Bier- und Branntweinsteuererhöhung eine Rolle spielten, sprach Genosse Dr. Schöberl mit kräftigen Worten speziell vom Standpunkt der sozialdemokratischen Abstimmenten gegen jede Erhöhung der Alkoholfsteuern. Er zeigte, wie die schmerzlichen Befinden der Bier- und Branntweinrinker die festeste Säule unserer Finanzwirtschaft sind. Die Branntweinsteuern sind Prämien für die Vergiftung der Bevölkerung. Wenn man die Aufschlagung zur Schnapsproduktion mit den Neben der Minister und Statthalter der Alkoholvergatteren vergleicht, muß man von Empörung über die Gesundheitserfolge sprechen. Schöberl widerlegte auch den oft gehörten Wortwand, daß man zur Bekämpfung des Alkoholismus die Steuern erhöhen müsse. Die Menschen, die an dem Verium leiden, daß sie Alkohol trinken müßten, um zu leben und zu arbeiten, werden nicht weniger trinken. Sie werden aber weniger essen und noch schlechter wohnen. Ein furchtbarer Preislauf: Verwertung der Lebensmittel durch agrarische Politik, infolge dessen Vindringen der Bevölkerung zum Alkoholismus — auf der anderen Seite Verwertung des Alkohol und Verringerung des Konsums von Lebensmitteln. Die Branntweinsteuer nicht kulturwidrig und gemeinfeindlich. Die abstimmenten Sozialdemokraten protestieren gegen die Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer. Während in anderen Ländern ein Teil der Alkoholsteuererträge zur Bekämpfung des Alkoholismus verwendet wird, sieht hier der Staat teilnahmslos zu und begnügt sich, die Opfer in Kranenkäuser, Zuchthäuser und Arznenhäuser zu sperren. Not und Verzweiflung werden durch den Alkohol unter den bedürftigen Klassen gefördert. Mummer und Sorge stehen auch in die bestehenden Klassen ein. Unsere Staatsmänner aber sehen stumm und unberührt zu. Wie hypochrisch denken sie an die Möglichkeit, aus der Unwissenheit, dem Laster und dem ungeliebten Weine, Gutes zu machen. Genau daselbe Red wie bei uns. Wie lange noch?

Gewerkschaftliches.

Die preussische Heeresverwaltung und das Koalitionsrecht.

Die preussische Heeresverwaltung hat an die Automobilwerke, deren Lieferungsverträge auf Armeelieferungen am 1. Januar 1913 ablaufen, eine vertrauliche Rundfrage gerichtet, inwiefern Arbeiter beschäftigt werden, ob und in welchen Betrieben gegen die Koalitionsrechte verstoßen werden. Diese Rundfragestellung nach der Organisationsart der in Automobilwerken beschäftigten Arbeiter kann natürlich nur den Zweck haben, die Firmen, die ihre Arbeiter nicht in die gelben Werbetriebe zwingen können, von Lieferungsverträgen auszuschließen. Das wird sehr leicht bewerkstelligt werden können, ohne den nichtgefügigen Firmen den eigentlichen Grund von ihrer Ausschließung bei Vergabe von Lieferungsverträgen bekanntzugeben. Denn in dem Rundschreiben heißt es weiter: „Sollten sich bei Vergabe von Aufträgen mit einer oder der anderen Firma Schwierigkeiten wegen der neuen Bedingungen herausstellen, so wäre alsdann die Heeresverwaltung nicht mehr in der Lage, ein Arrangement treffen zu können.“ Beschäftigt nun eine Firma nach staatlicher Behördenmeinung zu viel freigeberkschaftlich organisierte Arbeiter, so werden ihre Aufträge auf Grund der „neuen Bedingungen“ erteilt werden. Das bedeutet aber betriebsstreikmäßig — besonders für kleinere Firmen — eine nicht unbedeutende Schwierigkeit. Wird den unlieblichen Firmen die Idee vorgebracht, so werden sie auf die staatlichen Aufträge verzichten müssen. Außerdem wird an die Automobilwerke das Erlassen gerichtet, bei einigem Freitreiben von Aufsehern usw. Militäranwärter zu beschäftigen.

Diese acht preussische Art, sich in dieser Weise in die Arbeitsverhältnisse der Betriebe und ihrer Arbeiter einzumischen, richtet sich natürlich in erster Linie gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter, das den Herren ein Greuel ist. Soffentlich wird diese neugierige staatliche Nachfrage und Witzschaltung des Koalitionsrechts dadurch gründlich bereitet, daß die Firmen gar nicht in der Lage sind, diese Fragen beantworten zu können. Die Arbeiter werden den Betriebsinhabern nicht auf die Nase binden, welcher Organisation sie angehören, und sich allzu neugierige Fragen nachdrücklich verhehlen!

Der alljährlich nur einmal stattfindende grosse Saison-

Räumungs-Ausverkauf

beginnt Dienstag den 2. Januar.

Geschäftshaus

J. LEWIS

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Grosse Ueberraschungen stehen bevor!

Vom Reichstags-Wahlkampf.

Ueber die Berufsgliederung der Reichstagswahlkreise veröffentlicht Prof. Galtzoff Jena in der neuesten Nummer des Jahresbuches eine eingehende statistische Untersuchung. Er kommt zu dem Ergebnis, daß von den 397 Wahlkreisen 116 agrarisch, 206 industriell-kommerziell und 75 gemischte Wahlkreise sind. Die parlamentarische Vertretung dieser Kreise stellt sich nun wie folgt: Die 116 überwiegend agrarischen Kreise umfassen etwas über 18 Millionen, im Durchschnitt also 152 000 Seelen, haben ein Anrecht auf je 0,7 Abgeordnete, befaßt also auf je 10 Wahlkreise 8 gewähl. Die 75 gemischten Kreise haben durchschnittlich eine Einwohnerzahl von 114 000 Seelen, also nur wenig mehr, die 206 gewerblich-kommerziellen Kreise dagegen besitzen durchschnittlich eine Einwohnerzahl von 199 000 Seelen, also ein Anrecht auf je 1,25 Abgeordnete, das heißt je 100 Wahlkreise müßten noch 25 Abgeordnete mehr wählen, als es tatsächlich der Fall ist. Die 116 agrarischen Wahlkreise wählen 83, die 75 gemischten Kreise 47 Abgeordnete, die 206 gewerblich-kommerziellen 23 + 17 = 40 Abgeordnete zu wenig, nach Maßgabe der in den betreffenden Wahlkreisen dominierenden Erwerbsquellen. Dem ist die Behauptung, daß Industrie und Handel bei der fast 50 Jahre ununterbrochen gültigen Wahlkreisenteilung des Deutschen Reiches bis zu wenig die Randwirkung zu stark berücksichtigt wird, statistisch unanfechtbar bewiesen.

Intellektuelle zur Reichstagswahl.

Der Berliner Sozialzeiger veröffentlicht in seiner Weihnachtsnummer Gedanken bekannter Persönlichkeiten zur Reichstagswahl. Dem Charakter des Winkes entsprechend überwiegen die konservativen Stimmen. Das findet man immerhin auch in den Äußerungen, die den Kampf gegen die gegenwärtigen Reichstagsparteien für die wichtigste Aufgabe des Tages erklären. So schreibt A. v. Prof. Lujo Brentano:

Ich werde insofern Ihrem Wink folgen, mich nicht durch das Programm dieses oder jenes Kandidaten bei Abgabe meiner Stimme leiten zu lassen, als ich je nach der Gelegenheit, unbeschadet meines Programms, dem Kandidaten meine Stimme geben werde, von dem ich annehmen kann, daß er am meisten zur Verwirklichung des Lebenszieles der heutigen Mehrheitsparteien beitragen wird.

Und der Dichter Ludwig Fulda schreibt:

Wer wie ich der Lebenszeit lebt, daß die geistige Entwicklung eines Volkes ebenso wichtig ist wie die wirtschaftliche, der kann seine Wahlstimme nur denen geben, die für Geist und Fortschritt und gegen Versteinerung jederzeit und unter allen Umständen einzutreten entschlossen sind.

Gemeinrat Adolf Matthias bekennt sich als Nationalliberal, doch meint er kritisch:

Daß so viele Wähler für die Sozialdemokratie ihre Stimmen abgeben, ist unfer — der sogenannten bürgerlichen Parteien — Schuld, ist Schuld vor allem der liberalen Parteien, die nicht früh genug aus eigenem Überdruß und vollstimmlichem Bedauern, sondern erst spät durch die furchterregende Macht der Verhältnisse zum politischen Handeln auf sozialem Gebiet getrieben sind. Es ist hier vieles von einer großen liberalen Partei der Zukunft gutzumachen. Das tut man aber nicht anders, als man denjenigen faßt, dem man vieles schuldig blieb, oder gar Gewalt anzuwenden will, wo man mit Geist, überzeugenden Gründen und ethischer Kraft wirken soll.

Als Anhänger der Sozialistischer Partei bekennt sich der bekannte landwirtschaftliche Fachmann Ministerialdirektor A. D. H. J.:

Was hat praktischereweise jetzt nur die Wahl zwischen bestimmten Kandidaten bestimmter Parteien und wird fast nie einen Kandidaten finden, der einem in jeder Beziehung genügt ist, da jeder Partei Kandidat dem Programm seiner Partei große Konzeptionen machen muß. Gärten wir eine gut funktionierende Opposition so wohl und eine allgemeine Beschäftigung so kann man sich in größeren Kreisen mit engsten Bekannten zusammen setzen und die wertvolle Volkstimme wieder fähigere reiner zum Ausdruck kommen als jetzt, wo man schon in der Hauptwahl und noch viel mehr in der Stichwahl, falls man überhaupt sich an der Wahl beteiligen will, meist in der peinlichen Lage ist, zwischen mehreren weniger geeigneten Kandidaten für den zu stimmen, den man für das kleinere Übel hält.

Der Präsident des Reichstags Graf Schönerbein-Dobitz dagegen schreibt nach einigen herkömmlichen agrar-konfessionellen Redensarten das Folgende:

An der Volk kann eine weitere Demokratisierung nicht vertragen, ohne der schwersten inneren Umwälzung und damit zugleich einer Erschütterung der Weltanschauung des Reiches entgegen zu treten.

Der bisherige Fortschritt der deutschen Volkswirtschaft sagt also nicht und klar, daß das deutsche Volk für Verfassungsformen nicht reif ist, die Amerikanern, Franzosen und Engländern ganz gut bekommen und denen sich jetzt auch Türken und Chinesen mit Riesenschritten nähern. Offenbar hält er das deutsche Volk für das geistig am weitesten zurückgebliebene in der ganzen Welt. Der Mann ist offenkundig Junker — das sagt alles. Aber schimpflich wäre es, wenn der Reichstag diesen Herrn — falls er nicht durchfallen sollte — wieder zum Präsidenten wählen würde.

Der Wahlkampf der Gebildeten.

In den letzten Wahlen, wo die Sozialdemokratie noch sehr schwach vertreten ist und keinen entscheidenden Einfluß hat, führen die bürgerlichen Parteien den Kampf unter sich in den besten zivilisierten Formen. An verschiedenen Orten sind die Stützen des Staates, die Hüter des guten Tonens, bereits zu Gewalttätigkeiten übergegangen und zumeist sind es Nationalliberalen, die begünstigt werden. Aus einer nationalliberalen Versammlung in Kempten, in der der Parteiführer Dr. Ritter sprach, müßte ein Konservativer Widerspruch herausgehört werden. Die darauf folgende Szene wird in der Nationalliberalen Korrespondenz so geschildert:

Unter Bräutern ertönen nun einige Worte Herrn Dr. Ritter, der die Rede fortführen wollte, rüßig a und verfluchten ihn zu Boden zu werfen. Alle Wähler Herr Ritterer Wahlkreises, er sprach über Wähler und Stühle und sagte: „Ich verleihe nicht früher das Votum, bis mir die zwei Wähler gesagt sind, die von den Nationalliberalen jeden Zweifler aus der Versammlung vertrieben sind.“ Herr Dr. Ritter erklärte, wenn er das bekaufe, sei er ein Dummkopf und fügte auf den Gegenruf des Herrn, daß er folgen werde, hinzu: er wüßte eine Frage, damit der Bericht einwandfrei die Kampfesweise charakterisiert werden könne. Auch Herr B folgte dem Beispiel des Herrn Ritterer und verließ erst nach wiederholter Aufforderung des Versammlungsvorges, der sich unter Anweisung auf das Vergehen des Hausverweises auf sein Hausrecht berief, den Saal.

Janobi, es geht sehr erbaulich zu in den Versammlungen der Gebildeten.

Was am schlimmsten wirkt der Kampf im Wahlkreise Kempten-Bruchberg, wo der Wahrheit Grund um seine eigene Kampftätigkeit in einer antientfemlichen Versammlung wollte ein Nationalliberaler die gegen seine Partei gefallenen Angriffe zurückweisen. Wie es ihm dabei erging, das zeigt ein Bericht des Driener Anzeigers, dem folgende Stelle entnommen ist:

Als Dr. Dietmann die Redezeit befügen wollte, fielen aus der Versammlung heraus zahlreiche Insulten: „Der hat ja ein Loch in der Wade“, „Du bist wohl gefallen“, „Du hast ja schon Schmittse, du kannst noch mehr

25 Gründe, keinen Liberalen zu wählen.

1. Grund. Die Liberalen sind für indirekte, den Massenverbrauch befehlende Steuern.

Als „antifiskal“ und „ungerecht“ beurteilen die Liberalen jetzt die schwarzblaue Finanzreform. Damit haben sie ganz recht, denn diese Finanzreform hat abermals die Hauptlast der neuen Steuern auf den Rücken der verbrauchenden Massen gewälzt. Wie aber haben die Liberalen selbst gehandelt?

Die Nationalliberalen haben seit jeder alle Verbrauchssteuern anstandslos bewilligt. Dagegen waren sie bisher stets gegen die Erbschaftsteuer und haben auch in Einzellandtagen — wie 1907 in Sachsen — gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die direkte Linie gestimmt. Für die Registrierungssteuer, die die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die direkte Linie forderte, stimmten damals nur die Sozialdemokraten. Die Nationalliberalen haben sich also stets mit Zentrum und Konservativen vor das Sormenamt der Besten gestellt und haben sich nicht scheut, die beschlossenen Massen mit indirekten Steuern zu belasten.

Am Programm der fortschrittlichen Volkspartei heißt es dagegen: „Gerechte Verteilung der Steuerlasten... Entlastung unentbehrlicher Verbrauchsgegenstände und Hochpreise von Steuern und Abgaben.“ Trotzdem war die Volkspartei, als sie noch mit den Konservativen den Block bildete, bereit, 400 Millionen neuer indirekter Steuern zu bewilligen. Sie war für Erhöhung der Branntweinsteuer, der Biersteuer, der Tabaksteuer, für die Beibehaltung der Zuckerversteuer und hat gegen die von der Sozialdemokratie geforderte Befreiung der Salzsteuer gestimmt. Steuerholssteuer und Steuern auf alkoholische Getränke wurden ernstlich in Erwägung gezogen! Erst als die Liberalen aus dem Regierungskreis hinausgeworfen wurden, befaßen sie sich auf die „soziale Steuer-gerechtigkeit“ — im Interesse einer guten Wahlparole. Es ist tausend gegen eins zu wetten, daß sie die indirekte Steuerpolitik mit Wollwusch wieder mitmachen werden, wenn man ihnen wieder einmal erlaubt, Regierungspartei zu spielen.

„Kriegen“ uhn.“ Als der Redner seine rein sachlichen Ausführungen kaum begonnen hatte, setzte ein beispielloser Tumult ein: „Galt die Schwaune“, „Das wollen wir ja gar nicht hören“, „Som mal runter, sonst holen wir dir“. Der Vorsitzende, Kantor Straußle aus Drieten, fand es ebenfals nötig, den Redner in Schutz zu nehmen, wie Herr Braun selbst. Nach einer Spruchzeit von etwa 10 Minuten mußte es Dr. Dietmann aufgeben, sich noch Gehör zu verschaffen und verzichtete auf weitere Ausführungen. Bei seinem Rücktreten wurde ihm noch ein Bierglas von dem Vorstandsmitglied an nachgeworfen.

Der antisemitische Fanatismus behandelte übrigens die Konservativen, die sich in antisemitischen Versammlungen wagen, nicht besser. In der gleichen Versammlung wurde nämlich ein Konservativer, der reden wollte, mit Hühnertreten von seinem Vorhaben abgedrängt.

Den der Reichsverband denunziert!

Wir berichten getreu von dem konservativen Landgerichtsrat Wilsons Erfurt, der in einer nationalliberalen Versammlung gegen seinen Kollegen Hagemann (gewelter Vorsitzender des Reichsverbandes) folgendes ausführte:

Die Kandidatur Hagemanns könne er nicht befürworten. Im Prinzip sei er ein Gegner der Koblenzfrage, der Kandidat Hagemann aber ein Befürworter derselben. Auch Hagemanns Stellung als 2. Reichsverbandsvorsitzender fände er benehlich. Er finde es begreiflich, daß die Sozialdemokraten sich über Entretung beklagen. Die Sozialdemokratie sei eine zeitgenössische Erscheinung, der man, um sie wieder zu beseitigen, entgegenkommen müsse.

Es ist nicht unsere Sache, zu untersuchen, ob die Ausführungen des konservativen Redners vom liberalen Herrn Langhoff richtig wiedergegeben sind. Wohl aber bleibt bedeutsam, daß die Wahlkorrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sofort über den Landgerichtsrat Wilson herfällt. Nachdem sie die Stelle abgedruckt hat, reißt sie ihm unter die Nase, daß jeder zustehende Mann das Bild des Reichsverbandes aufs freudigste zu bekräftigen habe. „Nach mündlicher Überlieferung“ so schreibt die Korrespondenz hierzu — „daß ein hiesiger (1.) preussischer Landgerichtsrat es begreiflich findet, daß sich die Sozialdemokratie über Entretung beklagt, der ausführt, daß die Sozialdemokratie eine zeitgenössische — wie gewißvoll — Erscheinung sei, der man, um sie wieder zu beseitigen, entgegenkommen müsse.“

Wo, so fragt die Wahlkorrespondenz anscheinend im vollen Ernst weiter, werden denn die Sozialdemokraten entretet? Dann nennt sie die Entretungen des Landgerichtsrates „keine politische Intervention“. „Selbstmörderische Reue“, „schlechte Beschlüsse“ lauten die weiteren reißerischen Schimpfwörter über den konservativen Landgerichtsrat, dessen Äußerungen nur zu sehr geeignet seien, im Reichstagswahlkampf den Gegnern Waffen in die Hand zu geben, weshalb nicht schon auf ein Widerpruch gegen sie erhoben werden könne.

Landgerichtsrat Wilson in Erfurt hat seinen Wähler weg. Wie weit die denunziatorische Wirkung der reißerischen Scheltrede reichen wird, muß abgewartet werden. Für uns Sozialdemokraten aber ist es recht belustigend, anzusehen, wie sehr der Reichsverband auch bei rechtlichen und politischen Reue, soweit sie auf seine Politik hinführen, in Versuchung geraten ist. — Begreiflich ist es ja, daß sich auch im Bürgertum Leute finden, die besonders von Herrn Hagemann nicht viel wissen wollen. Seine Befähigungsnachweis als Reichsverbandsführer erbrachte er dadurch, daß er erklärte, das Wort Schamarbeit getraut für sich in Anspruch zu nehmen, daß die Heimarbeitseinstellung als Mittel zur agitatorischen Sache und die Beschäftigung der Kinder in der Heimarbeit als angenehme Unterhaltung beglückete. Er trat in einer Versammlungsrede 1908 energig für eine Kräftesteuer ein, nannte aber, als Graf Kolomanich im Reichstag gesagt hatte, daß der Reich nicht ein Zugend, selten ein Bedürfnis, immer aber eine angenehme Sache sei, im Jörn über eine solche legerische Forderung den Weisheit ein Raft. Finden wir es nun auch, wie gesagt, tollhaft begreiflich, daß man im Bürgertum von einer solchen Tüde des Nationalliberalismus abridt, so ist es doch interessant, daß ein konservativer Kollege des nationalliberalen Landgerichtsrats Hagemann dem allgemeinen Innwille über den Reichsverbandsführer Ausdruck gibt. — Die Reichsverbandsdenunziation lehrt aber, daß solches Unterfangen nicht unangebracht ist.

Es stellt sich heraus unsere Erfurter Parteigenossen am Wahltag den Hagemann 1907 erhalten. Stimmen: Fein: Schulz (Soz.) 17 107, Hagemann 13 774, Sachsenland-Galle (Soz.) 8902, Stichwahl: Hagemann 22 584, Schulz 17 587. Diesmal aber pfeift es anders!

Schwarz-blaue Taktik.

Eine große Situation laufen die schwarzblauen Wähler im 8. württembergischen Wahlkreise (Freudenstadt-Oberndorf). Bei der letzten Reichstagswahl erhielt dort das Zentrum 6500 Stimmen, während die Konservativen es gerade auf 500 brachten. Da die konservativen Wähler in einer etwaigen Stichwahl zur Unterstützung des Zentrumskandidaten nicht zu bewegen sind, so beschloß das Zentrum, sofort für den Konservativen einzutreten. Zur Vermeidung einer „faßlichen Stichwahl“ tritt die mehr als zehnmal stärkere Partei für die andere ein! Dabei handelt es sich um einen konservativen Kandidaten, der sich im württembergischen Landtag mit brutalster Offenheit gegen das allgemeine deutsche Reichstagswahlrecht erklärt! Aber das ist nicht schwarzblauen Kameraden ganz egal!

Wahlen mit Mist und Fahren.

Eine stieliche Neuerung hat der Riegerverein zu Sommerfeld (zwischen Kremmen und Bietzen) im Wahlkreise Spandau-Botsdam-Ostbarnack eingeführt. Er hat, wie man dem Vorf-Gour. mittelt, einen Appell folgenden Inhalts an seine getreuen Wähler erlassen:

„Reichstagswahl!“

Am 12. Januar 1912, vormittags 12 Uhr, gemeinsamer Marsch zum Wahllokal mit Mist und Fahren. Orden und Ehrenzeichen sind anzufragen.

Reißt nur noch der Fährer, daß vorher die Stimmzettel verteilt werden und daß unter Eid erklärt werden muß, daß man nur diesen Stimmzettel ins Wahllokal bringen wird.

Wasserstände.

Ort	25. Debr.	26. Debr.	27. Debr.	28. Debr.
Alten Brückensp.	+0,23	+0,23	—	—
Neub., Oberpegel	+1,94	+1,94	—	—
Unterpegel	+1,84	+1,40	—	0,06
Weißens., Oberp.	+2,24	+2,24	—	—
Unterp.	+0,94	+0,23	—	0,06
Farnp.	+1,88	+1,88	—	—
Wilsch., Oberpegel	+2,24	+2,24	—	—
Unterpegel	+1,09	+1,12	0,08	—
Permburg	+0,60	+0,76	—	0,15
Ralbe, Oberpegel	+1,46	+1,50	—	0,04
Unterpegel	+0,38	+0,38	—	0,15

Ort	25. Debr.	26. Debr.	27. Debr.	28. Debr.
Dresden	—	—	—	0,06
Gorzen	—	—	—	0,02
Wittenberg	—	—	—	0,01
Hoffau	—	—	—	0,05
Dachp.	—	—	—	0,09
Radepow.	—	—	—	0,11

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 302

Halle a. S., Donnerstag den 28. Dezember 1911

28. Jahrg.

Aus der Provinz.

Eine Agrarierstimme gegen die Konservativen.

Auch im Lager der Fortschrittler hat sich jetzt ein Großgrundbesitzer gefunden, der dem agrarischen Wählerstimmen energisch zu Leibe geht, obwohl er selbst Majoratssitz und Schloßherr ist. Dieser weisse Hase, der Alltagsbesitzer H. von Hollerer-Saxta, dessen Besitzungen der Jugend an der Grenze des Preussischer Kreises belegen sind, äußerte sich kürzlich in einer Aufschrift an das Berliner Tageblatt dahin, in den Kreisen der kleinen und mittleren Landwirte greife die Feindschaft ein, daß die Konservativen und der Bund der Landwirte lediglich die Interessen der preussischen Junker, also des Großgrundbesitzes, im Auge haben und sich wenig um die bäuerlichen Wünsche bekümmern. Seiner persönlichen Meinung gab er in dem obigen Ausdruck: „Die rechtstehenden Parteien halte ich für die landwirtschaftlich feindslichsten.“ Nachdem er dann auf die bauerne Feindschaft der Konservativen bei wichtigen Gelegenheiten eingegangen ist, gelangte er zu dem Schluß: „Ich als Landwirt empfinde es als Trautz, wie die Konservativen Landwirte von den Konventionen behandelt werden.“

Dann geht Herr v. Hollerer auf den Wert einzelner Agrarierstimmen ein. Die Auszubehälter können nur den ganz großen Wählern zugute; die Großen und Mittelsößen können nicht nur den Kleinern, sondern sogar einen Teil der größeren Wähler. Die Fütterung anderer solcher Stoffe, wie Düngemittel, Meismehl oder dergleichen ist nicht zu empfehlen, weil sie nicht so wertvoll sind. Zweitens aber werden auch diese Futtermittel durch Großen und Mittelsößen indirekt verteuert. Der Großgrundbesitzer gewinnt durch seine Ernternte billiges Futter, er hat unter den Böden nicht zu leiden. Ich behaupte die Landwirte sind, durch die Hülfe der unteren Wirtschaft gefördert worden, so entgegne er nicht wegen, sondern trotz der Hülfe hat sich die Wirtschaft durch den unermülichen Fleiß der Bauern gehoben. Bekünde der Volk nicht, so würde sie sich noch viel mehr heben können. Sehen die Agrarier ihren Plan durch, bei Erneuerung des Zolltarifs auf alle Futtermittel Hölle zu machen, so bedeute das ein Rückschritt für den Großgrundbesitzer. Darum dürften die den bevorstehenden Wahlen kein Landwirt einem rechtstehenden Kandidaten seine Stimme geben.

Auch in einem Landwirtschaftlich und rechtstehenden Parteien überführten Artikel, den die Bitterfelder Zeitung im August in einer Zeitung in ihrer letzten Nummer zum Abdruck bringt, hat Herr v. Hollerer in ähnlicher Weise seine Ansicht geäußert. Er betont, daß gerade in diesem Jahre, wo es überall an Futter fehlt, der Volk besonders schädlich auf die bäuerliche Wirtschaft einwirkt.

Es ist ersichtlich, daß auch aus den Kreisen der Agrarier Stimmen laut werden, die der Auswanderung durch Agrarier entgegenstehen, und die als Hauptkennzeichen der Klein- und Mittelbauern nachweisen, daß sie nicht sind, wenn sie dem Feinde der Bauern die Gefolgschaft leisten. Wie groß das Mißtrauen des Herrn v. Hollerer jetzt ist, wissen wir nicht. Vor kurzem haben, als sein Mißtrauen wiederum nach dem Oberlandamt in Halle geklärt, umfachte es 120.000 Besatz, also reichlich 500 preussische Morgen. Manier wird es inoffiziell kaum geübt sein. Wenn der Eigentümer eines solchen Gutes die Bauern zur Unterwerfung der auf seine Schulden gerichteten Beforderungen warnt, so haben die Klein- und Mittelbauern allen Anlaß, dieser Stimme Gewicht beizulegen. Herr v. Hollerer empfiehlt den Landwirten, Liberal zu wählen. Er vertritt dabei aber, daß die Liberalen den gemäßigten Sozialisten mit zunehme Gedacht und daß seine eigenen freisinnigen Freunde 1902 die Durchsetzung des Tarifs unter Absehung der Opposition ermöglicht haben. So richtig seine erste Ausfühung sind, so falsch ist also seine Schlussfolgerung. Die Stimmen der Mittel- und Kleinbauern gehören einzeln und allein der Sozialdemokratie, die sich energisch gegen die ungerechte Steuer- und Zollpolitik wendet.

Gelt innerer Almosen — den Vorarbeiten der Armen.

Der Landeshaupmann der Provinz Sachsen hat kürzlich eine Bekanntmachung erlassen, die nicht nur in der wenig gelassenen Kreisblattpresse publiziert, sondern auch in Materialen in Gelehrtenkreisen zum Ausgab gebracht worden ist. Das Kulturdocument lautet:

Bekanntmachung.

Gelt innerer Almosen mehr an ortstreuende Wanderer! Weßende Wanderer müssen ein für allemal an die Polizeibehörde Gemeinbedürfnisse gemeldet werden. Not braucht kein arbeitswilliger Wanderer mehr zu leiden. Die von der Provinz eingerichteten Wanderarbeitsstätten gehören jedem mittellose Wanderer gegen angemessene Arbeitsleistung unentgeltlich Beschäftigung und Unterkunft. In den Wanderarbeitsstätten wird unentgeltlich Arbeit nachgewiesen.

Der Wanderbettel und die Landstreicherei werden nur aufhören, wenn jedermann alle ortstreuenden Wanderer arbeitswillig, mehr für sie in den Wanderarbeitsstätten gelockt wird. Wer ihnen Almosen gibt, ist fahelch und Schaden bringendes Mitleid, er verleiht zum Landstreichern und Betteln. Der Landeshaupmann der Provinz Sachsen. Das „ein arbeitswilliger Wanderer mehr Not zu leiden braucht“, um mit den Worten des Landeshaupmanns zu reden, geht aus einem Protokoll hervor, den der Vorstand der christlichen Herberge zur Form an einige Tage vor dem

Beste der Dinge im Vorgauere Kreisblatt veröffentlichte. Das Protokoll lautet: „Der Bitte um freundliche Gaben für die Weihnachtsfeier in der Herberge ist bis jetzt so gut wie gar nicht entprochen worden. Finden sich denn gar keine wohlwollenden Stimmliste oder Spenden, die man zum Zweck berechnen könnte? Seine Schicksal, die zu anderen wären? Was es in den Schranken seine Hände um Benützung, die der Hausbesitzer bei erwaunten Söhne nicht mehr fragte, die aber von den oft in Zahlen gefälligen Wanderern mit Freunden angenehmen würden? — Es ist so naheliegender Betrag bringen, so unfreudlich; da liegen die armen Menschen auf der Straße. Hat niemand Mitleid? —“

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, aber nicht für die Ghendeten der Ghenden, für die armen verlassenen Landtagsproleten! Wer hat nun Recht, der mitten im praktischen Leben stehende Herbergsleiter oder der burksantueitliche Landeshaupmann, der vom grünen Tische aus die Verdönerung aufzubereit in den Armen geschliffen Brotkrumen die Türe zu weiten? Würde man auch alle Mitleidigen lassen, wenn die armen Waldbräder das Weihnachtsgeld befragen?

Sehns. Vier Menschen nach dem Gehalt eines Bismarck gekoren. Am Weihnachtsabend sind vier Personen, ein Kaufmann Herr und drei polnische Arbeiter, nach dem Gehalt eines Bismarck erkrankt und bald darauf gestorben.

Weihnachten, Explosions-Pantomime. Auf der Grube Marie bei Wenden explodierten in der Schmelzer ohne Zündker. Die Arbeiter wurden in Lufschiff und zwei Arbeiter lebensgefährlich verlegt.

Wahlkreis Merseburg-Quertur.

Schlechte Volksversammlung. In einer gut besuchten Versammlung referierte der Kandidat unserer Freunde, Genosse Bollenberger, über die Reichsgebühren. Eingehend behandelte er die Gründe der Reichsgebührenaufhebung im Jahre 1907, überzeugend wies er nach, daß die Aufhebung gemacht worden ist, um zu verhindern, daß Reich und dem Volke zu bringen. Die soziale die breiten Massen stark belastende Finanzpolitik war der eigentliche Auflassungsgrund. Eingehend behandelte er die von bürgerlichen Parteien vollzogene Belastung der breiten Massen und schließlich die liberale Hebelstille, das Reichsvereingeltes. Gerade Schlechte fand ein Bild von diesen liberalen Ertragsteuern. Auch die fortschrittliche Partei eine schamhafte Rolle gespielt bei den Vorstandsinterpellationen. Dabei sich hoch geehrt und Konfessionen gegen die Schulden beunruhigt. Die Reichsvereinigungsorganisation, auch ein Beruf der Feindlichkeit, verurteilte er als gute Kennzeichen dieser Materie. Es kann keinen Arbeiter geben, der seine Stimme einem anderen Kandidaten als dem sozialdemokratischen gebe, anerkennen der Verrat an seiner eigenen Klasse. Großer Beifall wurde dem Redner für seine 1 1/2 stündigen Vortrag gelohnt. Am der Diskussion beteiligten sich die Genossen Sackmann, Schmidt und Schöps. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die impatiante verlaufene Versammlung geschlossen.

Wahlkreis Mansfeld.

Die erste Stinbombe geplatzt.

Nachdem der Reichsverband zur „Befreiung“ der Sozialdemokratie, wovonlang bis jetzt in seinen überflüssigen Protokollen besteht hat, sind nun auch bei den einzelnen Orten eingeleitet, für die Wiederwahl des Volkstages der Arbeit wählenden Vereinigten Nachlassschüsse — aus nicht der rechtsstreuen Öffentlichkeit getreten. In Götze und Umgebung wurde in den letzten Tagen ein in überflüssigen Protokollen geschicktes, von Unvorsichtigkeit und Verwegenheit firosenden Flugblatt verbreitet, das sich vorzüglichweise allerdings nur an die national geeimten Bürger der alten Bergstadt richtete, wohl in der Voraussetzung, daß nur in jenen Reihen noch angreifenden politischen Anschlüsse das Nachsteher ernsthaft hinhören. Da der Geistes der rechtsstreuen Flugblattschreiber nicht zur Füllung des geüblichen Papiers ansteigte, haben die Zersetzgeber, die es übrigens gar nicht nötig haben, ihr Nachsteher den prägefälligen Vorarbeiten entsprechend zu drucken, den unteren Teil zu einem Brechschiff ausgebaut und einige Dutzend Namen darunter geschrieben. Von den höchsten Beamten bis herunter zu armen Bergeluten und Judenkindern ist so ziemlich alle vertreten. So wird Nachmade für Arbeit betrieben! Ob die dort Genannten mit dem im Sinne des Reichsverbandes geschriebenen famosen Bittel einverstanden sind, hat man annehmend nicht erfragt. Wer eben nicht mit dem Reichsverband einverstanden ist, das getrieben ist. Wir hätten diesem elenden Nachsteher überhaupt keine Beachtung geschenkt, wenn nicht darin mit den elementarsten Begriffen von Recht und Moral getaugen Schindeln gedrückt und die Wahrheit nach Arbeitiger Kramen auf den Kopf gestellt würde. Sehen wir zu, was man den denken Menschen noch alles vorzufunkeln will. Es heißt in dem Briefensammelsurium:

„Sein Deutscher, sein Bürger, der für Recht und Ordnung eintritt, kann in diesem Wahlkampf seine Stimme der waderlandlosen, jedes Willkürgebiet unterwandernden Sozialdemokratie geben. Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die über unser Mansfelder Land und insbesondere über viele Familien so großes Unheil gebracht hat. Was haben alle ihre sündigen Redensarten über Verbesserung unserer Verhältnisse und Volksbeglückung unterem Mansfelder Lande gebracht? Nichts weiter als Rot, Kränzen und Gesagen. Wände bis dahin glückliche Bergarbeiterfamilie ist durch den von der Sozialdemokratie finanzierten und zweifels herausgeföhrenen Streik so tief ins Unglück gestürzt. Viele müssen die Heimat, den häuslichen Herd verlassen und brauchen mit Arbeitern aus aller Herren Länder die lauzes Brot verdienen, und das alles unter unföhigen Verhältnissen, welche bisher unterem Mansfelder Bergarbeitern unbekannt waren. Darum muß die Parole sein: — gegen den Unsturz. Unser bisheriger Reichstagsabgeordneter Herr Dr. Arendt, hat in Verbindung einer vernünftigen Sozialpolitik (12) in den vielen Jahren, in denen er

unsern Kreis vertreten hat, die Interessen der verlassenen Bevölkerung geschützt und erfolgreich zu bereinen gemacht. Nach unsem Wunschwünsche Gewerkschaft tritt abermals als Kandidat des Herrn Dr. Arendt ein. Mitbringen: Mit dem Wohlwollen unserer Gewerkschaft Licht und Luft auch für die Mansfelder Landes und vor allem unterer alle einzelnen Berg- und hüttenmännlichen Bevölkerung. Wählen wir daher einen Sozialdemokraten, so untergeben wir unsere eigenen Gelingen, wir föhnen uns in eigene Hände, wir rufen in unsern unterer Familie. Darum wählt alle einig und allein Herrn Dr. Arendt!“

Gewiss der wesentliche Inhalt des Flugblattes, dessen einziger richtiger Satz ist, daß Herr Arendt die oft widerstrebenden Interessen der verlassenen Bevölkerungsklassen geschützt und erfolgreich zu bereinen gewohnt hat. Mit anderen, nicht so geschickten als Bismarck, hat es etwas beruhigendes, das arbeitende Volk mit neuen indirekten Steuern belasten ließ, bei uns neue den Menschen 400 Millionen Mark an indirekten Steuern abspottete, indem er im Reichstage für Verrückung des Bieres, Tabaks, Branntweins, Kaffees, Tees, der Zündhölzer wiederholt föhnte, das Mittelstand föhnen freibilligen Verkaufsmittel einzutrit. Der Junker, Landwirt, die Berg- und hüttenmännliche und die erhöhte Kudersteuer u. Herr Arendt, lehnte es auch ab den Arbeitern eine Unterstützung zukommen zu lassen, die durch die neuen Steuern bedroht würden. Herr Dr. Arendt für die Bekämpfung der Reichsgebühren und für die Schonung der Bergeluten eintritt, nennen es seine Wohlmeinung eine „vernünftige Sozialpolitik“ betreiben.

Alle übrigen in dem Flugblatt aufgestellten tatsächlichen Behauptungen sind grobe, teilweise bewußt vorgenommene Fälschungen der tatsächlichen Vorgänge. Eine dreizeh Stüge ist der Sozialdemokratie die Sozialdemokratie es gelungen ist, über das Mansfelder Land und insbesondere über viele Familien bei Stadt Götze so großes Unheil gebracht habe. Wären es etwa Sozialdemokraten, die die Maßnahmen ergriffen, die die Steuerbelastung ableben ließen? Es ist eine schon recht erhebliche Zahl sozialistische Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei mit dem Streik absolut nichts zu tun hatte. Das weish nachgerade jedes angesehene Schulkind, und sind wir daher nicht dafür verantwortlich zu machen, wenn die Interaktion des Gläubigers fortgesetzt die Wahrheit befehlen. Ebenso wird sich auch die reaktionäre Partei des Reichs. Es ist in Deutschland ein Gesetz, das den Arbeitern gestattet, sich irgend Ertragung gültiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu forcieren, unbedenklich darum, ob diese Arbeiter nun politisch für sozialdemokratischen oder einer anderen Partei angehören. Haben die Reichsleiter Herrschaften schon einmal etwas von diesem Gesetz gehört? Aber glauben sie, dieses Gesetz befehle für die Mansfelder Bergarbeiter ein, oder meinen sie etwa gar, die Zustände wären hier so herrlich, daß die Anwendung des Staatsbürgerrechts nicht notwendig wäre? Gerade die Höhe und die Arbeitsbedingungen der Mansfelder Bergarbeiter sind, wie die amtlichen Lohnnachweise beweisen, ungleich höher als die Arbeitsverhältnisse von den Bergarbeitern gemeines. Hand in Hand mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen ging aber die geistige Anreicherung und Entwürdigung der Bergarbeiter, so daß schon im Jahre 1902 auf einem Kongresse der Bergarbeiter in Essen ein Delegierter ausführte: Wenn man den Namen Mansfeld hört, so hängt es einem Lohn an den grünen, denn in Mansfeld wird beruigt, der ein freies Recht rüstert, selbst ein des Straßenflüster geworden und unwählbar gemacht. So ist es auch bis heute geblieben, wie es im Uebertren der Wochenenden des reichstreuen Reiches aus Anschein der Arbeiter von der ersten bis zur letzten Minute ungläubiger. Er fante dort noch übereinstimmenden Artikeln der bürgerlichen Zeitungen: In wie am Freitag den ganzen Tag oben und wird nicht wählbar, wie wir wollen, der wird geschickt und — fließt. Angehörte solcher bedenklichen Zustände wäre es einfach eine Selbstentwertung, ein Verzicht auf das, was die Arbeiter gewinnen wollen, wenn sich die Arbeiter der Mansfelder Gewerkschaft nicht aufgerafft hätten, als sich ihnen Gelegenheit bot, die langjährige schamvolle Niederlage abzulassen.

Lind nun kommen die neunmaligen Hugen Gelehrten Flugblattschreiber daher und wollen zu behaupten, sozialdemokratische Arbeiter wären an den elenden Zuständen in Mansfeld schuld. Schuld sind jene Leute, die es eingekauft bei geistlichen Bestimmungen nicht dulden, daß ihre Arbeitsstellen sich dort organisieren, wo sie wollen. Schuld sind aber auch diejenigen mit, welche aus Selbstinteresse — welches, wie es scheint, eine große Rolle spielt — in alleruntersteinsten Demut vor diesen Leuten erscheinen. So immer das tun, was die Großkapitalisten wollen und sollte es zum größten Schaden des gesamten Volkes sein. Schuld sind aber auch jene Bedauernswerten mit, welche sich nicht schämen, als Arbeiter oder Arbeiterin in allen die giftigsten Schreiberinnen mit ihrem Namen zu bedecken, anstatt sich zu erinnern, daß auch ein Arbeiter vor diesen Leuten erscheinen sollte und nach ihnen. Es trifft hier noch das Bibelwort zu: Selig sind die Armen im Geiste.

Die rechtsstreuen Pamphletschreiber reden von Recht und Ordnung und lassen es gehen, daß den Arbeitern das geistesgemäßeste Koalitionsrecht verweigert wird, und daß Gewerkschaften Arbeiter von einem brutalen Unternehmern von Heimat und Herr getrieben worden sind und noch getrieben werden, weil sie ihre Manneskunde nicht mit Fügung treten lassen wollten. Ein Fluß über eine solche Paragrafenlist! Wir sind sehr davon überzeugt, für jeden objektiven Denker wird das Flugblatt fast beitragen, die ganze brutale Unternehmervirtuosität zu erkennen und danach bei der Wahl zu handeln.

Auch die schon hundertmal telegraphisch liege, die Sozialdemokratie geschriebe und ruinieren die Familie, taucht in dem Flugblatt auf. Dieser alberne Vorwurf ist so alt wie die sozialdemokratische Propaganda. Die Verfasser des Flugblattes müssen ganz genau, daß der Kapitalismus es ist, der das Familienleben ruiniert und nicht die Sozialdemokratie. Aber sollte man noch nichts davon gehört haben, daß in der deutschen Industrie rund 11 Millionen Frauen, darunter der größte Teil weibliche Arbeiter, beschäftigt werden? Wie man nicht davon, daß die billigen menschenwürdigen Arbeiter von Jahr zu Jahr an Umfang zunimmt, daß der Anarchikapitalismus jährlich zehntausende armer Kinderleben ruiniert? Kann da überhaupt noch von einem Familienleben die Rede sein, wenn Vater und Mutter für lärmlichen Lohn den größten Sorgen

Der billige Inventur- Ausverkauf

beginnt am Dienstag den 2. Januar, worauf ich besonders aufmerksam mache.

MAGNAT

94 Leipzigerstrasse 94.

In die laufende Nacht schufen, nur um das immer wiederkehrende Bestreben für die Kinder zu begünstigen. Kann man nach den Familienleben leben? Ein solches Familienleben zu ruinieren, hat sich die Sozialdemokratie allerdings zum Ziel gesetzt und ihre Vertreter haben im Reichstag in diesem Sinne stets gehandelt. Die Herren Krenzl und Rosenfeld sind es aber, die einen wirklichen Frauen- und Kinderfrieden zu schaffen auf den Gebieten ihrer Auftragsgebiete zu hinterlassen gewillt haben. So wird erst ein Schluss draus! Doch nun zu dem im Flugblatt geprüften eigenen Eigentum und der „Ausgleichspolitik“ des Kandidaten Krenzl! Die „Ausgleichspolitik“ ist es wohl auch, als er das deutsche Volk — und dazu gehören ja wohl auch die Bergarbeiter Deutschlands — durch die Reichsfinanzordnung zu ungebühr mit neuen Steuern auf alle Lebens- und Genussmittel belastete, als er für die total verunahmte Reichsversicherungsordnung stimmte? Die „Ausgleichspolitik“ werden am 12. Januar ein an der Tagesordnung über die Ausgleichspolitik ihres bisherigen Abgeordneten abgeben. Der bisherige Abgeordnete war in Wirklichkeit nur der Vertreter des Mansfelder Großkapitals. Das waren Interessen aber mit denen der Arbeiter und Gewerkschaften harmonisierten, kann nur — wenige Ausnahmen, der ein politisches Reich oder ein Reich ohne eigenes Dasein, nicht. Wegen dieser „Ausgleichspolitik“ Krenzl wieder wählen. Neben den eifrigen Arbeiter und Gewerkschaften kann naturgemäß nur der Sozialdemokrat wählen.

Stößen, Unfälle oder Verbrechen? Am zweiten Feiertage tritt nach der Vereidigung auf seinen ersten Parteitag die neue Reichsversammlung zusammen. Die Frage ist, ob ein Verbrechen oder ein Unfallsfall vorliegt, muss erst die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Wimmelberg. Wer hat tot? Diese Frage erscheint wieder einmal angebracht angesichts der Tatsache, daß gerade im Wahlkreis Wimmelberg die konterbairischen und freimaurerischen Wählerkreise soviel von der angeblichen Schädigung des Mittelstandes durch sozialdemokratischen Boykott zu erfahren wissen. Der Wirt des Gasthofs vom Kirch hat kürzlich nach dem Beschluß seiner Verfassungskommission gehandelt und seinen Saal nicht nur für Herrn Krenzl freigegeben, sondern auch zu einer sozialdemokratischen Wählerversammlung hergegeben. Neigt er über sein Ziel der Mittelfrucht bedacht zu werden, sein Parteitagstempel hat die Gewerkschaft des ungerichteten Arbeiters überlassen. Es ist ein Stand, daß sich Gewerkschaften, von denen man pünktlich die Steuern verlangt, solche Maßnahmen gefallen lassen müssen. Das ist natürlich auch kein Verbrechen! Den werden nur die bösen Sozialdemokraten — solange sich die Gewerkschaft nicht als wirklich unabhängige Männer zeigen, werden sie aber nicht besser, und solange es noch Kollegen gibt, die sich über die einen anderen gegenseitig nachschauen lassen, werden diese eines Kulturalters unwürdigen Zustände nicht ausgetilgt. — Die Arbeiter und reichlich denkenden Bürger von Wimmelberg und Umgebung werden das beherrschende konterbairische Votum nur recht bei jeder Gelegenheit nach Kräften frequentieren, damit der dem Wirt zugehörige Schaden wieder ausgeglichen wird.

Nach vor Jahren, also in den allerersten Jahren, soll wieder eine öffentliche Versammlung im Gasthof vom Kirch stattfinden. Sowie jeder für seinen Teil.

Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.
In Angst und Schrecken versetzt.
Die Parole des nationalliberalen Vereins, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen und für den bürgerlichen Kandidaten einzutreten, hat bei allen „liberalen“ Elementen im Kreise die größte Verwirrung angerichtet. Besonders die sogenannten „linken Liberalen“, die noch immer die törichte Hoffnung hatten, von den Nationalliberalen Unterstützung zu erhalten und so schließlich in die Stichwahl zu kommen, um dann auf agrarischen Kreisen in den Reichstag kumpeln zu können, sind vollständig hofflos. Kommen sie doch dadurch in die fatale Lage, wieder einmal durch die Tat beneidet zu müssen, wie einst sie es mit ihrem „unerschütterlichen Kampf gegen die blaue Arbeiterpartei“ nahmen. Denn darüber ist man sich selbst in liberalen Kreisen klar: Kommt es wirklich zur Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem großen Schweizer Bauernmeister, dann werden die Freimaurer, gegen ihrer Vergangenheit, nach der rechten Seite hin umfallen und wieder einmal die „linken Liberalen“ die Liberalen im Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld beschützen. Und das diese „Wahlaufrüchte“ für den rechten Kandidaten alles andere als erheuchelt sind, kann man nach der Entzündung, mit der sich Herr Reichel in der letzten Sitzung gegen den Wählerverbanden gewandt hat, einigermaßen begreifen finden.

In ihrer Not und Bekümmernissen bieten die Herren Linkenliberalen denn auch alles auf, die „Liberalen von rechts“ auf die Lammage aufmerksam zu machen, die durch die nationalliberale Parole dem „gemäßigten Liberalismus“ angehängt wird. In den Eisenburger Neuesten Nachrichten mußte sogar ein Salzfischer Nationalliberaler, ein Dr. Wardenperger, auftreten und seinen verstorbenen Parteifreunden also ins Gewissen reden:

„Wie ist die Situation in diesem Wahlkreis, wie ist das Stimmverhältnis der einzelnen Parteien, die mit eigenen Kandidaten auf sich das Mandat bewerben? Bei den letzten Wahlen im Jahre 1907 vereinigte der Kandidat der Reichspartei 10 686 Stimmen auf sich, die Linkenliberalen brachten für ihren Kandidaten 6000 Stimmen auf, während 10 100 Stimmen auf den Sozialdemokraten fielen, das ist das Stichwahlverhältnis von den Liberalen unter den ersten Freimaurerpartei unterlag. Das war im Jahre 1907. Am haben aber alle Wahlen, die nach dem Zusammenbruch der wilhelminischen Monarchie, die das Deutsche Reich, leider nur aus kurze Zeit, von der Herrschaft der Schwärze und der roten bedeckt haben, stattgefunden haben, seien es Wahlen zum Reichstag, zu Einzelkandidaten und Stadtparlamenten, einen außerordentlichen Aufschwung nach links gebracht, der der radikalen Linken eine große Zahl von Mandaten auf Kosten der bürgerlichen Parteien brachte. Bei der allgemeinen politischen Unzufriedenheit und Verdrobenheit, die seit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges herrscht, ist zu befürchten, daß auch der Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld in den Besitz der Sozialdemokraten übergeht, wenn es nicht gelingt, den Volksparteiler Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Auf keinen Fall dürfte es dem bisherigen Abgeordneten des Kreises, Herrn Wardenperger, gelingen, 10 000 Stimmen wieder auf sich zu vereinigen, selbst wenn der große Teil der nationalliberalen Wählerkreise für den rechtsliberalen Kandidaten eintreten würde. Der Wahlkreis kann nur dann den bürgerlichen Parteien erhalten bleiben, wenn Wardenperger nicht in die Stichwahl kommt.“

Einem großen Einbruch wird dieses Gejammer auf die reaktionären nationalliberalen Elemente sicher nicht machen. Aber die Angst der Freimaurer in Wahlkreise werden verdrängen dem „gemäßigten Liberalismus“ das öffentliche Bewusstsein seiner Schande dadurch zu erlangen, daß sie nicht nur den Wählern, sondern auch den Fortschrittlichen eine genügende Anzahl Stimmen abknöpfen, so daß Genosse Maute im ersten Treffen fest und eine Stichwahl überflüssig wird.

Solowjeff. Klein beigegeben hat die Verwaltung der Grube Kropotkin in der Angelegenheit der Zahlung einer freiwilligen Beihilfe zum Bau einer Wasserleitung, wie sie von der Gemeindevertretung einstimmig gefordert wurde. Wie wir in der Solowjeffer Zeitung lesen, ist in der letzten Gemeindevorstellung eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt worden: Die Grube Kropotkin gibt zur Errichtung der Wasserleitung eine Summe von 20000 Mk. und veranlaßt die Gemeindeverwaltung der Dohrenhütter Wäldchen, auch gibt sie ihre Einwilligung zur öffentlichen Benutzung ihres Bohrloches am Strengbad und die unentgeltliche Benutzung der Sickerbohrer zur Leitung von Wasser für die Wasserleitung an den in ihr Gebiet fallenden Wäldchen. Die Gemeinde willigt in das Vorhaben ihrer Wege und Gräben sowie in die Verlegung des an der Bahnhofsstraße führenden Bohrloches.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.
Keine Bahn Torgau-Schilba.
Der Magistrat von Schilba hatte sich an die Landratschaftskammer der Provinz Sachsen mit der Bitte gewandt, den von ihm dem Minister der öffentlichen Arbeiten unterbreiteten Antrag auf Erbauung einer neuen Bahnhofs Torgau-Schilba im Anschluß an die vom Landtage unangefordert bewilligte Nebenbahn Torgau-Velgera bei der Eisenbahn-Direktion Halle zu bekräftigen. Die Kammer hat diesem Ersuchen Rechnung getragen. Die Antwort, die ihr erteilt wurde lautete nach dem Torgauer Kreisblatt dahin, daß die Erbauung einer von Torgau nach Schilba führenden Nebenbahn nicht in Frage kommen könne. Ueber den Antrag des Magistrats auf Zulassung jener Linie als Nebenbahn sei dagegen eine Entscheidung noch nicht getroffen worden.

Dominisch. Vom Rath aus. Gegen die Willigkeit der im November d. J. abgehaltenen Stadteroberungsabteilung ist seitens der Herren Franz Burck, Wilhelm Schmalen und Bogdanowski Einbruch zum Bau einer Wasserleitung, wie sie von der Gemeindevertretung beschlossen worden sein soll, ferner sollen die Rechte des Wahlkreises ausgeübt haben und schließlich sollen Personen gewählt haben, deren Normalverdienst nicht 4 Mk. betrug. Den Herren wollte es scheitern nicht in den Kopf, daß von Reichel ab auch ein Arbeitervertreter im Stadtparlament sitzen wird. Sie sind mit ihren Wäldchen aber abgelehnt, denn der Stadtratspräsident hat beantragt, den Einbruch zurückzuziehen, was auch geschah. — In der Sitzung kam auch die bekannte Streitfrage mit der Wäldchenbürger Versicherungsvereinsleitung Wilhelm zur Sprache. Die Gesellschaft hat es abgemacht, abgelehnt, die in der Provinz des dem Rathausstrasse verunglückten Feuerwehrmann Schmidt gegen die Stadt gestifteten Prozesses Gewährung einer fortlaufenden Rente entfallenden Prozentsatz von 23,05 Mk. zu zahlen. Schmidt habe lediglich auf Erfüllung einer durch Testament geregelten für die Stadt Dominisch stiftenden Verpflichtung gestiftet. Dieser Prozeß hätte werden können. Die Verwaltung nahm nun diesem Weisheit Kenntnis und beschloß die mit der Wilhelm abgelehnten Haftpflichtversicherungsverträge rechtzeitig zu kündigen. Das neue Rathaus wurde mit 77 500 Mk. gegen Feuergefahr verpfändet. Zum Schluß der Sitzung machten die Herren Stadträte noch etwas in Danksagung, indem sie zu den Kosten des Kriegerevents weitere 300 Mk. bewilligten.

Kreuzer. Wie die Konservativen „Wahlkündigung“ haben zeigte das Arrangement der vor den Feiertagen hier abgehaltenen konterbairischen Versammlung. Die Gastgeber von Großarbeit bis herunter zum kleinen Bauern, hatten ihren Leuten um 4 Uhr nachmittags freigegeben, damit sie sich zu dem um 5 Uhr angetretenen Versammlung begeben und eine Freigewinnung von Strombedürfnis Sozialistenvereinsarbeiten „genießen“ konnten. Der Tag wurde diesmal voll bezahlt. Der Wagen und Automobil kam dann auch das „Voll“ aus der Umgebung herbeigebracht. Die anwesenden Debatteure bedürftigen die verkommener Kandidaten, nur je nicht dem Galgenhänger Menge die Stimme zu geben, sondern dem Freund des Mittelstandes und der Arbeiter, den Freiern von Strombedürfnis zu wählen. Vor allen Dingen müsse sich der Wahlkreis vorarbeiten werden. — Tun die Landratschaft, die gerade auf den Wählern zu miserablen Wäldchen erhalten (Freuen 60 — 70 Wä.

Ammer 1,50—1,75 Mk. pro Tag und eine kleine Anzahl ihre Pflicht, dann ist eine Stichwahl überflüssig, weil beim der Kandidat der Arbeiterpartei schon im ersten Wahlgange gewählt wird.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.
Am Tage vor Weihnachten wurde gegen einen Rentierbesitzer und gegen einen Maurer von hier wegen Nahrungsmitteldiebstahls verurteilt. Beide sollen in der Nacht vom 8. November aus dem Raminshausen eines Schrebergartens zwei Rindern entwendet haben. Als sie gefasst wurden, ließen sie die gestohlenen Rindern liegen. Die Angeklagten bestritten mit aller Entschiedenheit die Täter gewesen zu sein. Sie wurden verurteilt, der Rentierbesitzer zu zwei Jahren Zuchthaus, der Maurer zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis. Außerdem wurden beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf je fünf Jahre aberkannt. Im Zuchthausraum lag die Ehefrau des einen Angeklagten, die ein bitteres Nageleis antunimte. — Friede auf Erden!

Wegen Nahrungsmitteldiebstahls wurde ein 20jähriger Helfer von hier zu zwei Jahren Gefängnis mit Nebenstrafen verurteilt. Er hat in zwei Fällen Bismarckbraten gestohlen und Kleiderstücke sowie ein Sparschwein über 100 Mk. entwendet.

Schöffengericht.
Reidet den Alkohol. Aus Fehlung zur Trunkenheit benutzte ein Geschäftsführer in einem Fuhrwerk, zu verschiedenen Malen einkalkulierte Geldbeträge in Belamische von 90 Mark. Seiner Angabe nach verneinte er jeden unterschlagenen Betrag sofort. Seine böse Leidenschaft trug ihm eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen ein.

Allerlei.

Ehre sei Gott in der Höhe!
Aus Gießen wird dem Vorwärts gemeldet: Am Donnerstag früh um 8 Uhr wurde der am 29. September vom Schwurgericht wegen des Raubmordes in Niederort (Hilme Wälder) zum Tode verurteilte Erbe durch den Schwärzrichter Franz von Deckeran in Sachsen mittels der Wulffotte hingerichtet. Als der arme Junge aus dem Gefängnis auf dem Hof des Provinzialarresthauses, wo die Wulffotte aufgestellt war, herausgeführt wurde, begann er laut zu jammern und zu weinen und rief wiederholt nach seiner Mutter und nach seiner Schwester, die ihn am Abend vorher besucht hatten. Dann sagte er sich aber, daß dem Oberkonsulatsrat, der das Urteil verkündigte, die Hand und die Füße nicht zu bewegen, sondern der Staatsanwalt! Der Staatsanwalt behauptete, rief er mit lauter Stimme: „Ehre sei Gott in der Höhe!“ Der Aufhang schauerlich wieder von den Rufen des Gefangenen. Wieviel war es ernst gemeint? Wer weiß es? Aber mag der Auf gemeint wie immer, er sang wie folgt. „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und dem Sperrn dieser Gefängnisstrafe dem Kopf ab!“ Als der kleine Erbe als Begleiter eines blühenden Dreizehnpfenners sein Brot verdienen mußte, hat sich die Staatsordnung nicht geert, erst als er, aller Demagogensstellungen durch seine soziale Not, braunt, zum Verzecher wurde, fand sich das beidseitige Rechtsfinden ein. Ehre sei Gott in der Höhe!

Sturm und Unwetter.
Der heftige Sturm und das verheerende Unwetter der letzten Tage haben eine große Zahl von Schiffsunfällen verursacht. Aus Frankfurt gemeldet, daß der Fischereidampfer Republik auf der Höhe von Biberach gesunken ist. Zwei Mann der Besatzung sind ertrunken. Der Dampfer Michel ist mit dem Dampfer St. Antome zusammengekommen. Der Dampfer Michel sank sofort. Auf der Höhe von Dammes schifferte ein Schiff unbesannter Nationalität. Infolge des Sturmes sind in Caples allein 26 Schiffer und Fischer ums Leben gekommen. Gegenüber der Insel St. Michel der Dampfer Heister mit einem Fischereidampfer zusammen. Das Fischereidampfer ist sofort gesunken. Alle Mann der Besatzung sind ungetroffen.

Charles, 28. Dezember. Das anhaltende Unwetter hat in der ganzen Gegend großen Schaden angerichtet. Die starken Regenfälle verursachten ein Anschwellen der Wasserläufe, und Ueberschwemmungen haben bereits in verschiedenen Ortschaften große Verheerungen angerichtet. Die Keller und Erdgeschosse stehen unter Wasser. Infolge der anhaltenden Regenfälle ist die Wassermenge in den Flüssen und Bächen sehr stark zugenommen. In Gießen sind die Flusse überflutet. Der Straßenbahnverkehr ist teilweise unterbrochen.

Grubenkatastrophe.
Auf der Teutoburgia bei Castro hat sich Freitag Nacht eine schwere Schlagwetter-Explosion ereignet. Zwei Leute sind ertrunken, vier befinden sich noch in der Grube, sind aber vermisst. Es besteht keine Hoffnung, sie lebend zu bergen. Außerdem sind drei Schwerwettere geblieben. Der Zuerstschlag ist auf eine Entfernung von 300 Meter zusammengebrochen.

In Duaregon (Belgien) wurden in einer Grube vier Arbeiter, die irrtümlicherweise in einen falschen Schacht gestiegen waren, von dem Förderkorb anstatt zu Tage gefördert, in die Tiefe gelassen, von dem Förderkorb über 200 Meter hoch. Drei Arbeiter sind ertrunken, der vierte konnte schwer verletzt geborgen werden.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Voranzeige.

Unser alljährlich nur einmal stattfindender

Inventur Ausverkauf

beginnt Sonnabend den 30. Dezember.

Brunner & Benjamin

Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 22-23.

Voranzeige.